

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon: 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat“, Prag II., Havliczkova nám. 32. Adressamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kc 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourenkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 13. September 1923.

Nr. 213.

Die Kornblumenblauen.

Es gibt keine Partei, die es der Deutschen Nationalpartei heute an Fortschritt und Ueber-radikalismus gleich tun könnte. Sogar den Deutschgelben, die doch wahrlich auch an Verftiegenheit, Wirksamkeit und Konfusion Hervorragendes leisten, ist im Wettlauf mit ihr der Atem ausgegangen und sie haben sich schimpfend von ihrer Gefolgschaft losgelöst. In „antistaatlicher“, ja „revolutionärer“ Hakenkreuzgesinnung, die den „Hochverrat als Pflicht“ erklärt, will sie von niemand über-trumpft werden. Man könnte, auch wenn man diesen Radikalismus — der bislang freilich nur ein Radikalismus des Wortes ist — verwirft, Respekt empfinden, wenn man die Helben nicht kennen würde, nicht wüßte, wer die Akteure sind, und daß sie nur eine er-bärmliche Schmierenskomödie aufzuführen. Die Deutsche Nationalpartei ist die Nachfolgerin der einstmaligen Deutschradikalen Partei, die, nachdem ihr Name und Kredit im Ansehen der Bevölkerung in Haß und Verachtung ge-raten war, mit geänderten Firmenschild vor die Öffentlichkeit trat. Ihr Führer hieß einst R. S. Wolf, der nach dem Umsturz „sein deutschböhmisches Volk“ feige im Stiche ließ und es vorzog, nach dem Zusammenbruch seiner Politik seine leuere Person in Wien in Sicher-heit zu halten und von dort ruhig zuzusehen, wie das deutschböhmische Volk die bösen Früchte seines nationalistischen Treibens erntet. An die von ihm schmählich verlassene Führerrolle trat Herr Dr. Lodgman, der eine Zeitlang den Demokraten und gestitzten Euro-päer spielte, bis er im Konkurrenzkampfe mit Baeran, Schollid und Kalina sich auf das politische Niveau der Wolf und Franko Stein drängen ließ, auf deren geistiger und politischer Höhe er seither getreulich einhertwandelt. Jeder Tag erbringt den Beweis, daß sich die An-hängerschar Lodgmans in nichts, aber auch in gar nichts von den Wolfianern unterscheidet, daß die Deutschnationalen blieben, was sie waren: Charlatane, an denen kein Faden echt und wahr ist, außer ihrer starkreaktionären, arbeiterfeindliche Seele. Die blieb im Wandel der Zeiten, ihrer Gesinnung und Politik un-versehrt, wie jetzt wieder ihre Parteinarbeit für die jüdisch-christlichen Grubenkapitalisten gegen die in den Streik getriebenen Bergar-beiter beweist. Früher stand diese Arbeiterfeind-lichkeit im Zeichen der Kornblume, jetzt sind sie durch das Hakenkreuz zu ihr geradezu ver-pflichtet.

An ihren Toten und Bräutern sollt ihr sie erkennen! Das gilt von den Kornblumen- und Hakenkreuzrittern wie von den anderen deutschbürgerlichen Parteien. Die „Hochver-räter“ von heute: waren sie nicht bis zum Umsturz allergerneuste Staatsklüßen, schwarz-gelb bis in die Knochen, Helfer und Lakaien jeder Regierung? In ihren Jugendtagen, als sie sich noch als „Alldeutsche“ bezeichneten, waren sie Gegner des Merkantilismus, schrien „Los von Rom“ und stelen über die Sozial-demokraten her, weil diese ihren damaligen Schicksalstraf nicht zu eigen machen wollten. Die grimmige Fehde gegen den Merkantilismus dauerte nicht lange, sie wurden bald Verbün-dete der Merkantilen, mit denen sie nicht nur bei allen Wahlen Kompromisse und Allianzen schlossen, sondern deren Wünschen sie sich unter-ordneten und die sie nicht einmal scheel anzu-schauen sich getrauten. Die Deutschnationalen sind, seitdem sie ihre freihetlichen Jugend-sünden abgeschrieben haben, eine Schuttruppe des Merkantilismus geworden. Ebenso tief wie der Antimerkantilismus sah und sieht ihnen der noch immer zeitweilig hervorgerholte Antisemitismus, der jetzt als Wahlhöder wieder seine Dienste tun muß. „Germanias Dom“ wollten sie „ohne Jnda, ohne Rom“ bauen, aber im Deutschen Nationalverband wie im Deutsch-parlamentarischen Verband sahen sie mit den Merkantilen und Juden beisammen, in Oester-reich ziehen die Großdeutschen mit der jüdischen „Neuen Freien Presse“, ihren Hintermännern in den jüdischen Banken und dem Herrn Seipel an einem Strang, und noch keine Ge-

Deutschland ohne eigene Währung.

1 Dollar = 96 bis 120 Millionen Mark.

Berlin, 12. September. (Eigenbericht.) Nach-dem der Dollar an der heutigen Börse amtlich mit 96 und im Freiverkehr bis 120 Millionen notiert wurde, muß man feststellen, daß Deutsch-land überhaupt keine Währung mehr hat. Devisen sind im Geschäftsverkehr so gut wie gar nicht mehr zu haben; Papiermark werden nur noch mit Widerstreben angenommen. Produzenten und Händler halten ihre Waren zurück oder geben sie nur gegen wertbeständige Zahlungsmittel ab. Die Regierung beschäftigt sich schon seit ge-raumer Zeit mit dem Aufbau einer neuen Wäh-rung; es wird erwartet, daß in allernächster Zeit die Goldmark kommen wird. Fertigungsindustrie und Großhandel sind schon längst zur Goldwährung übergegangen; jetzt haben auch die beiden wich-tigsten Rohstoffindustrien, die jetzt noch einer ge-wissen Zwangswirtschaft unterliegen, der Kohlen-

verband und der Stahlbund, den Uebergang zu Goldmarkpreisen vollzogen. Es kann dabei selbst-verständlich nicht sein Bewenden haben, daß sich das Unternehmertum vor den Verlusten durch das Einführen einer neuen Währung zu schützen sucht, es werden vielmehr auch die arbeitenden Schichten, die auf Gehaltsbezüge und noch dazu meist in schon entwerteten Beträgen angewiesen sind, verlangen, daß die Goldwährung auch für sie in Anwendung kommt. Schließlich wird der Einzelhandel, der schon zum Teil in Gold rechnet, nicht zurückstehen und gleichfalls fordern, daß ihm ausreichende Mengen Zahlungsmittel zugeführt werden. Die Reichsregierung hat in der jetzigen Situation eine ungeheuer schwierige Aufgabe zu lösen, die allerdings reiflos nur bei Beendigung des Ruhrkonfliktes durchgeführt werden kann.

Eine Dollar-Anleihe für Deutschland.

Ein Rettungsgeschäft der internationalen Bankwelt.

New York, 12. September. (Funkpruch des W. T. B.) „New York Times“ veröffentlicht einen langen Artikel, nach dem in New Yorker finanziellen Kreisen verlaute, daß eine Anleihe von einer Milliarde Dollars zur Ret-tung Deutschlands vor dem wirtschaftlichen Zu-sammenbruch einen der hauptsächlichsten Gegen-sätze der internationalen Bankwelt bilden werde, falls in der Ruhrfrage ein Abkommen zustande komme und eine Einigung mit den Alliierten er-folge. Ein Viertel der Anleihe werde wahrschein-lich amerikanischen Bankiers zur Zeichnung an-

geboten werden. Die industriellen Besten Deutsch-lands und die von den anderen europäischen Nationen zu leistenden Garantien würden die Sicherheit für die Anleihe bilden.

Ein Plan, der gegenwärtig von einer Anzahl amerikanischer Bankiers erwogen werde, sehe die Einsetzung eines Generalkommissars des Völker-bundes vor, der die Verwendung der aufzubrin-genden Mittel bewachen soll. Eine Reihe von Finanzhäusern hege vollkommenes Vertrauen dazu, daß es gelingen werde, die Anleihestücke zu begeben.

Eine Zusammenkunft Poincaré-Baldwin

London, 11. September. (Havas.) Wie der „Evening Standard“ meldet, wird der englische Premierminister Baldwin binnen kurzem mit dem Ministerpräsidenten Poincaré in Paris kon-ferieren.

Die Grenzsperrung soll aufgelassen werden.

Berlin, 12. September. (Eigenbericht.) Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet steht ein Erlaß des Generals Degoutte bevor, wonach die Grenz-sperrung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet am 16. September wieder aufgehoben wird.

legenheit ließen sie vorübergehen, den wert-vollsten Teil des „christlichen deutschen Volkes“, die Arbeiter, an die jüdischen Bank- und In-dustriekapitalisten zu verraten. Einstmals waren sie „Nur-Deutsche“, „Alldeutsche“, welche die Vereinigung mit Deutschland an-strebten, doch viele Jahre vor dem Kriege hin-durch waren sie wackelnde Schwarzgelbe, weit-eiferten mit den Christlichsozialen in staats-treuer österreichischer Gesinnung, warben und winkelten um die Hofgunst, betätigten sich als Lakaien der Habsburger, apportierten dem schwarzgelben Militarismus jedes Opfer, das er von den Völkern Oesterreichs forderte, klatschten der Annexion Bosniens, die den Ausgangspunkt des Weltkrieges bildete, be-geistert Beifall, und als in Wien das Ver-brechen des Krieges vorbereitet und ins Werk gesetzt wurde, waren sie es mit den Christlich-sozialen, welche der ränkelschmiedenden Hof-lamarilla die Mauer machten und in ihrer Presse für die Erzeugung des nötigen Dufels und Bluttrautes in der Bevölkerung sorgten, der diese reif dafür machte, sich von der Wiener Hallhausklüque auf die Schlachtbank führen zu lassen. Und immer noch dauerte ihnen der Krieg zu wenig lange, immer noch predigten sie der ausgehungerten und ausgebluteten Be-völkerung das „Durchhalten“, bis das Ende mit Schreden kam, das längst jeder Vernünftige voraussehen mußte. So sind sie nicht nur für alles Blut, allen Jammer der Kriegs-zeit, für alles Elend der Nachkriegszeit mit-verantwortlich, ihnen ist auch die Knechtschaft und das Unglück mit zu danken, welche gegen-wärtig das deutsche Volk dem Untergang ent-

Was eine sozialdemokratische Gemeinde leistet.

Sozialistische Finanzpolitik in der Gemeinde.

In den Gemeinden des alten Oesterreich hat die bürgerliche Verwaltung eine Finanzpolitik ge-macht, die im schärfsten Gegensatz zu den Grund-sätzen sozialistischer Steuerpraxis stand. Die tra-genden Elemente des Gemeindehaushaltes bil-deten überall die arbeitenden Klassen, die durch die indirekte Besteuerung den Hauptanteil an der Aufrechterhaltung des finanziellen Gleichgewichtes der Gemeinde aufzuweisen hatten. In den gro-ßen Städten wurde das Budget in seinen wich-tigsten Teilen aus Abgaben bestritten, die aus den Mietzinsen stießen. Hat doch die Wiener Stadtverwaltung im Jahre 1913 aus den Miet-zinsen nicht weniger als 50 Millionen Kronen her-ausgeholt, womit sie fast 77 Prozent ihres ge-samten Personalaufwandes decken konnte! Zieht man in Betracht, daß die Zuschläge zu den Er-werbsteuern im gleichen Jahre nur 12 Mil-lionen Kronen eingebracht haben, dann wird klar, wie ungerecht und wie einfach sich die Bürger-lichen die Mittel zur Führung des Stadthaushal-tes beschafft haben.

Eine sozialistische Gemeinde-verwaltung muß natürlich an-dere Wege gehen. Sie muß vor allem die Reichen packen, sie muß den Luxus, in welcher Form immer er auftritt, besteuern und sie hat die Pflicht, jede indirekte Be-steuerung zu vermeiden.

Eine solche Finanzpolitik hat das größte Ge-meinwesen der Welt, das sozialistisch verwaltet wird, die Gemeinde Wien, seit mehr als vier Jahren geübt und damit die Aufmerksamkeit der sozialistischen Kreise, aber auch gleichzeitig den wütenden Haß der Besitzenden erregt.

Unter der bürgerlichen Verwaltung waren in Wien selbst die Besitzer der Luxusautomobile vollständig steuerfrei. Die Gemeinde Wien hebt heute eine Kraftwagenabgabe ein, die nach Steuerpferdestärken bemessen wird und für einen Luxuswagen rund sechs Millionen Kronen für das Jahr 1923 beträgt. Wie klein der Kreis dieser Steuerzahler eigentlich ist, geht schon daraus hervor, daß kaum ein Duzend Personen allein fast 200 Millionen Kronen Kraftwagenabgabe ge-leistet haben.

Die sozialdemokratische Wiener Gemeinde-verwaltung hat auch die Hauspersonal-abgabe eingeführt, die sehr stark progressiv ist. Wer nur eine Hausgehilfin hat, wird von der Ab-gabe nicht betroffen. Erst bei zwei im Haushalte beschäftigten Personen beginnt die Steuerpflicht. Für diese zweite Hausgehilfin ist eine Jahres-abgabe von 50.000 Kronen zu zahlen. Dann sind für jede weitere Hausgehilfin um je 250.000 Kronen mehr zu zahlen, so daß ein Haushalt, der sich den Luxus von fünf Hausgehilfinnen leisten kann, für das Jahr 1923 nicht weniger als 1.7 Millionen Kronen Hausgehilfinnenabgabe zahlen mußte! Für die männlichen Haushaltskräfte wurden die Abgabebelastungen verdoppelt. Auch diese Steuer beschränkt sich auf jenen Kreis von Ein-wohnern, die zu den Kriegs- und Nachkriegs-gewinnern gehören. In Wien gibt es nur vier-tausend Familien mit zwei Hausgehilfinnen oder Hausgehilfen. Diese viertausend Familien ent-richteten für das Jahr 1923 an Hauspersonal-abgabe nur 200 Millionen Kronen. Drei bis vier Personen beschäftigten im Haushalt 850 Fa-milien, die bereits 500 Millionen Kronen Ab-gabe zu zahlen hatten. Mehr als vier Haus-gehilfinnen haben in Wien nur 150 Haushalte, auf die aber eine Abgabe von nicht weniger als 2500 Millionen Kronen entfällt! Von diesen 2500 Millionen Kronen zahlten wieder nur 20 Familien 2106 Millionen Kronen, die restliche Summe entfiel auf die übrigen 130 Haushalte! Während der „Judenfresser“ Hueger für die 31 weiblichen und 83 männlichen Hausgehilfen Rothschilds diesem keine Abgabe anerkannte, hat die „judenfreundliche“ sozialdemokratische Stadtverwaltung die Hauspersonalabgabe Rothschilds mit 1547 Millionen für das Jahr 1923 festgelegt. Mit diesem Betrage können 120 strof-lose Kinder in Bad Hall geheilt werden.

Die Wiener Hotelpaläste beherbergen wahr-haftig keine Proletarier. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung hat daher eine Fremden-zimmerabgabe eingeführt, die in ihren Zügen zwischen den vornehmen Ringstrassen-hotels und den bescheidenen Fremdenzimmern unterscheidet. Außerdem wird diese Abgabe wäh-rend der Zeit des schlechten Geschäftsganges, also vor allem im Sommer, ermäßigt. Immerhin wird die Gemeinde Wien in diesem Jahre rund

30 Milliarden Kronen aus dieser Abgabe, die keinen einzigen Gemeindeglieder belastet, einnehmen.

Die Nachfolger, Bars und noblen Restaurants, sowie die ausgesprochenen Luxuskauffhäuser und vornehmen Konditoreien, sind bis zum Einzug der Sozialdemokraten in die Gemeindeverwaltung von einer Sonderbesteuerung vollständig verschont geblieben.

Erst die sozialdemokratische Verwaltung hat eine zehnprozentige Abgabe von den Preisen aller dort verzehrten Speisen und genossenen Getränke eingeführt, die in diesem Jahre ebenfalls rund 30 Milliarden Kronen bringen wird.

Die christlichsoziale Gemeindeverwaltung hat im Kriege notgedrungen die Lustbarkeitsabgabe eingeführt, die aber so kümmerliche Aufträge aufweist, daß ein nennenswerter Ertrag nicht erzielt werden konnte.

Eine Steuer, die ebenfalls nur eine bestimmte Schichte trifft, ist die Wertzuwachsabgabe. Es soll den Häufern doch das Geschäft nicht gar so leicht gemacht werden. Daher werden jene Häuser und Grundstücke, die erst im letzten Jahre erworben worden sind und die schon wieder verkauft werden sollen, mit einer schätzprozentigen Abgabe vom Wertzuwachs belegt.

Auf sozialer Grundlage aufgebaut, wurde auch die Inzertensteuer. Stellengelüfte sind vollkommen abgabefrei, während von den übrigen Anzeigen zehn Prozent des Preises an die Gemeindefassa abzuführen sind.

Die Gemeinde Wien hat, obwohl ihr ein von den Christlichsozialen und Großdeutschen im Nationalrat beschlossenes Gesetz dazu das Recht gibt, auf alle Steuern, die aus den Mietzinsen herauszuholen sind, verzichtet!

Die Gemeinde Wien hat, obwohl ihr ein von den Christlichsozialen und Großdeutschen im Nationalrat beschlossenes Gesetz dazu das Recht gibt, auf alle Steuern, die aus den Mietzinsen herauszuholen sind, verzichtet!

Der Kampf der Bergarbeiter.

Die Besprechungen im Arbeitsministerium. — Die Regierung unterbreitet lädenhaftes Ziffernmateriale, das Widerspruch auslöst.

Prag, am 12. September 1923.

Heute fanden die Besprechungen im Ministerium für öffentliche Arbeiten zwischen den Vertretern der Bergarbeiter und Grubenbesitzer zwecks Überprüfung des vom Arbeitsministeriums beigelegten Ziffernmateriale statt.

Die Vertreter der Bergarbeiter haben das vom Ministerium für öffentliche Arbeiten übermittelte Ziffernmateriale vorläufig geprüft und nehmen dazu folgenden Standpunkt ein:

Nach der öffentlichen Erklärung des Ministers für öffentliche Arbeiten am 5. d. M. soll dieses Material vorwiegend dazu dienen, die von den beiden Streitparteien bisher vorgebrachten Behauptungen und Belege — die regelmäßig von der anderen Partei bestritten werden — richtig zu stellen.

Die Vertreter der Bergarbeiter erklären, daß dieser Zweck durch das übermittelte Ziffernmateriale nicht erreicht wird. In dem Material fehlt zunächst die

detaillierte Gegenüberstellung aller Gesehungskosten,

besonders der Lohnkosten, der anderen Gesehungskosten und des Unternehmer- und Handelsnuzens in der Vorkriegszeit und jetzt.

Es kann deshalb nicht festgestellt werden, mit welchem Anteil die einzelnen Faktoren an der Kohlenpreisbildung partizipieren, es kann nicht festgestellt werden, in welchem Ausmaße die einzelnen Faktoren zu der bisherigen Kohlenpreisermäßigung beigetragen haben und es

mit öffentlichen Mitteln zu bekämpfen, da das private Baukapital erst dann einsehen wird, bis es wieder den gewohnten Profit gesichert bekommt.

Die zweite Zwecksteuer dient dem Ausbau der heimischen Wasserkraft. Auch sie beruht auf dem Prinzip, daß jene Gemeindefassen, die schon jetzt ihre Wohnungen billiger und besser beleuchten und beheizen, ihren Anteil an einer allen Einwohnern zugutekommenden modernen Beleuchtungsart besteuern sollen.

In den Anstalten der Gemeinde Wien sind nicht weniger als 22.000 Personen untergebracht. Die Pflege dieser alten oder kranken Gemeindeglieder kostet viel Geld. Beträgt doch das Budget des Wohlfahrtsamtes der Stadt Wien, das von dem Genossen Professor Tandler geleitet wird, für das Jahr 1923 nicht viel weniger als 460 Millionen Kronen!

Die Gemeinde hat auch eine Luzuswa-renabgabe eingeführt, die von allen bürgerlichen Parteien auf das heftigste bekämpft worden ist. Sie betrug zwölf Prozent vom Preise des

können darum keine richtigen Folgerungen gezogen werden, inwieweit die einzelnen Faktoren zur künftigen Preisbildung beitragen in der Lage sind. Der nicht vollständig eingeweihte Prüfer des Ziffernmateriale muß zu der irrigen Ansicht gelangen, daß bisher nur die Bergwerksbesitzer und der Staat durch Ermäßigung der Kohlensteuer beigetragen hätten.

Die Kohlenpreise sind für die einzelnen Marken nach dem Sortiment (Stück, Ruß I, Ruß II, Ruß III und Staub) eingestellt, ohne daß mitgeteilt würde, wieviel durchschnittlich von jeder Sorte erzeugt wird, dadurch wird das ganze darauf bezughabende Ziffernmateriale zu einer sachlichen Prüfung ungeeignet.

Die Vertreter der Bergarbeiter sind der Ansicht, daß, wenn schon durch amtliche Ziffern Verhandlungsgrundlagen zu ermitteln versucht werden, das Material in oben angeführter Weise ergänzt werden müßte.

Trotz dieser grundsätzlichen Mängel der Ziffern sind die Vertreter der Bergarbeiter der Meinung, daß immerhin eine Überprüfung mancher Daten nicht ohne Nutzen sein könnte, diese Prüfung müßte aber revidierweise erfolgen. Daher beantragen sie, daß beide Parteien revidierweise heute, eventuell morgen das Zahlenmateriale prüfen.

Entsprechend dem von den Bergarbeitervertretern gestellten Antrag wurde beschlossen, das Ziffernmateriale revidierweise zu prüfen und es wurden folgende Sektionen gebildet: 1. Braunkohlenbergbau Nordwestböhmen und Fallenan, 2. Mähr. Ostrau und Kossitz, 3. Pilsen und Kutteneberg, und 4. Klado. Die drei ersten Sektionen sind sofort in die gesonderten Beratungen eingetreten, während die Kladoer Sektion erst morgen verhandelt.

Luzusgegenstandes. Diese Steuer wurde vom 1. April 1923 an als Staatssteuer erklärt und die Gemeinde bekommt für das Jahr 1923 einen Anteil in der Höhe von 59 Milliarden Kronen überwiesen.

Außerdem besteuert die Gemeinde Wien die Totalisator- und Buchmachertwetten durch Zuschläge zu den Gebühren und rechnet für das Jahr 1923 mit einer Einnahme aus diesem Titel von 842 Millionen Kronen.

Die Gemeinde Wien mußte nach dem Finanzverfassungsgesetz vom 1. Jänner 1923 an auf alle Zuschläge zu den Erwerbsteuern, zu der Rentensteuer und zu den Getränkesteuern verzichten. In Österreich sind diese Steuern nunmehr ausschließlich Staatsabgaben geworden.

Selbstverständlich hat die sozialistische Stadtverwaltung auch die Verzehrungssteuer, die jeden Bissen Brot und jedes Stückchen Fleisch verteuert, aufgehoben, sehr im Gegensatz zu der bürgerlichen Regierung, die durch die Einführung einer Warenumsatzsteuer, die am 1. April 1923 wirksam geworden ist, alle Bedürfnisse der breiten Massen abgabepflichtig macht.

Als die Sozialdemokratie im Jahre 1919 die Wiener Stadtverwaltung aus den Händen der bürgerlichen Übernahme, fand sie ein vollkommen zerrüttetes Gemeinwesen vor. Die Massen lert, die Angestellten schlecht bezahlt, die städtischen Unternehmungen verwahrloßt, die Versorgungshäuser mit halbverhungerten Leuten überfüllt.

Als die Sozialdemokratie im Jahre 1919 die Wiener Stadtverwaltung aus den Händen der bürgerlichen Übernahme, fand sie ein vollkommen zerrüttetes Gemeinwesen vor. Die Massen lert, die Angestellten schlecht bezahlt, die städtischen Unternehmungen verwahrloßt, die Versorgungshäuser mit halbverhungerten Leuten überfüllt.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Belben böhmischen Steinkohlensektionen morgen vormittags und in der Mähr.-Ostrauer Sektion Freitag vormittags fortgesetzt.

Das Ministerium hat zwar versprochen, manche verlangte Ergänzungen, soweit es möglich ist, noch beizufügen, jedoch erklärt, daß eine detaillierte Aufstellung aller Gesehungskosten nicht beschafft werden könne.

Inland.

Die politische Bezirksverwaltung Teischen und das Schutzgesetz. Die Militärverwaltung hat der Gemeinde B. einen Vorschlag für Einquartierungsgebühren auszufragen lassen und verlangt nun von der Gemeinde die Ausfolgung einer einverleibungsjährigen Urkunde zum Zwecke der bürgerlichen Sicherstellung dieses Vorschusses.

„Laut Paragraph 3 des Gesetzes vom 28. Jänner 1920, Zlg. Nr. 123, ist die Gemeinde verpflichtet, die in der Staatsprache verfaßten Akten zu erledigen. Wird diesem Auftrage binnen acht Tagen nicht entsprochen, müßte gegen den Herrn Bürgermeister nach Paragraph 25 Schutzgesetzes eingeschritten werden.“

Das von der politischen Bezirksverwaltung erwähnte Gesetz vom 28. Jänner 1920 betrifft die Erlassung der Wahlordnung für das Abgeordnetenhause. Was diese Wahlordnung mit der vorliegenden Sache zu tun haben soll, ist nicht zu ergründen. Auch die Drohung mit dem Paragraph 25 des Gesetzes vom Schutze der Republik (wir nehmen an, daß dieses Gesetz und nicht etwa ein anderes gemeint ist) ist völlig fehl am Orte.

Zwangsersteigerung eines Schulgebäudes. Grell beleuchtet die katastrophale Finanzlage der Gemeinden der Fall der Zwangsersteigerung des Schulgebäudes in S., Bezirk N. Die Gemeinde S. hatte für Schulbauzwecke bei der Sparkasse N. ein Darlehen aufgenommen und auf dem Schulgebäude hypothekarisch gesichert.

Telegramme.

Die Regierungstrife in Thüringen und die Kommunisten.

Berlin, 12. September. (E.bericht.) Der thüringische Landtag, dessen sozialistische Regierung gestern durch die Vereinigung der bürgerlichen Parteien mit den Kommunisten gestürzt worden ist, wird seine nächste Sitzung Mittwoch, den 19. d. M. abhalten.

Kommunistisch-Deutschnationaler Kratel im preussischen Landtag.

Berlin, 12. September. (Eigenbericht.) Die heutige Sitzung des preussischen Landtages benötigten Kommunisten und Deutschnationale, um gegen die Koalitionsregierung heftige Angriffe zu richten.

die politische Lage abgeben könne und die Mehrheit des Landtages beschloß infolgedessen, seine politische Aussprache stattfinden zu lassen. Im Plenum beriefen sich kommunistische und deutsch-nationale Redner auf Verfassung und Demokratie, um ihren Wunsch, doch noch eine politische Aussprache herbeizuführen, durchzusetzen. Demgegenüber wurde "on sozialdemokratischer Seite ausgeführt, daß eine Debatte nur die Verhandlungen zur Beendigung des Ruhrkonfliktes schädigen könne und daß ebensowenig die Kommunisten wie die Deutschnationalen, die beide Anhänger von Diktaturen der Minderheit seien, das Recht hätten, sich auf Verfassung und Demokratie zu berufen.

Die Arbeitslosen- und Jugendgebungen in Dresden.

Berlin, 12. September. Zu den Arbeitslosen- und Jugendgebungen in Dresden teilt die "Rote Fahne" mit, daß der Landesvorstand der kommunistischen Partei Sachsens die sächsische Regierung aufforderte, das Demonstrationsverbot sofort aufzuheben und bis 15. September die am Blutbad schuldigen Offiziere sowie die faschistischen Provokateure der Polizei zu entlassen und zu bestrafen. Geschehe das nicht, so entziehe die kommunistische Partei der Regierung sofort die Unterstützung.

Unterbrechung der französisch-deutschen Besprechungen?

Berlin, 12. September. Der "Volkswagen" will wissen, daß Dinge eingetreten sind, welche die Fühlungnahme zwischen Berlin einerseits, Paris und Brüssel andererseits jäh unterbrochen haben. Man sei in Berlin zu weitgehenden Konzessionen bereit, aber Poincaré wünsche die glatte Kapitulation Deutschlands. Der deutsche Plan sei gewesen, daß sämtliche deutschen Unternehmungen dreißig Prozent neuer Aktien ausgeben, die der Reparationskommission übergeben werden sollen. Dann sollen die Alliierten einen neuen Ausschuß zusammensetzen mit der Aufgabe, eine internationale Anleihe aufzutreiben, welche durch die ausgelieferten deutschen Aktien garantiert würde. Der Anleihebetrag soll für Reparationszwecke verwendet werden.

Die „Sieger“ rauben auch Unterstützungsgelder für Arbeitslose.

Die Arbeitslosen werden verjagt.

Gelsenkirchen, 11. September. (Wolff.) Die Franzosen beschlagnahmten heute in der Stadthauptkasse 41,9 Milliarden. In Buer wurden von den Belgiern aus der Stadtkasse alle vorhandenen Gelder im Betrage von zirka 60 bis 70 Millionen konfisziert. Die auf Geld wartenden Gewerkschaften wurden aus dem Rathaus vertrieben.

Mussolini über Korfu, Fiume und das Ruhrproblem.

Rom, 12. September. (Sefani.) Mussolini erklärte im Ministerrat, daß die auswärtige Situation die nachstehenden Ausblicke gewähre, die eine aufmerksame Erwägung verdienen und zwar: Der italienisch-griechische Konflikt ist auf dem Wege zur Durchführung der Sanktionen, welche die Vorkonferenz genehmigt hat, die im Grunde mit in dem ersten italienischen Ultimatum enthaltenen Forderungen übereinstimmen. Die feste Haltung Italiens hat ein Einschreiten des Völkerbundes unnötig gemacht. Die Insel Korfu wird, wie schon öfter erklärt worden ist, geräumt werden, sobald nach der formalen Annahme der Note der Vorkonferenz, ihre Bedingungen durchgeführt werden. Das ist vollständig richtig und niemand kann an der Loyalität Italiens zweifeln. Sobald die Reparationen durchgeführt sein werden, wird Italien die Inseln, welche es als einfaches Land genommen hat, räumen.

Was die Fiumaner Frage betrifft, gedachte Mussolini der letzten Phase ihrer Entwicklung: Am 31. August beendete die paritätische Kommission ihre Arbeiten und legte die Ergebnisse beiden Regierungen vor. Die italienische Regierung teilte der Belgrader Regierung mit, daß mit Rücksicht auf die politischen, materiellen und moralischen Schwierigkeiten, in welchem Fiume trotz der Unterstützung und Hilfe der italienischen Regierung sich befindet, es notwendig ist, bis 15. September eine einseitige Regelung der ganzen Frage zu finden. Italien legte durch Vermittlung des jugoslawischen Gesandten in Rom Antonievic einen ganz gerechten und vernünftigen Vorschlag vor. Bis heute ist aber auf diesen keine Antwort eingetroffen. Alle Urteile sind daher vorzeitig und auch die Blätterstimmen können nicht ernst genommen werden. Es ist immer noch eine direkte Einigung ohne jeden Schiedsspruch möglich, insbesondere dann, wenn die Belgrader Regierung die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht so engherzig und weniger loyal anzusehen versieht. Im rechten Augenblicke wird auf Grund von Dokumenten der gute Wille und die große Geduld der italienischen Regierung bewiesen werden.

Ueber das Reparationsproblem und die Situation im Ruhrgebiete erklärte Mussolini: In früheren Reden habe ich eine Anspielung auf die Möglichkeit der Besserung in der Reparations- und Ruhrfrage gemacht. Diese Besserung hat sich besonders nach der Stuttgarter Rede Stresemanns gezeigt. Ich halte dafür, daß ich die nahe Eröffnung entscheidender Beratungen voraussagen kann. Der passive Widerstand hat seinen Sinn und es bringt keinen Nutzen, denselben fortzusetzen. Es ist nicht nötig, hinzuzufügen, daß Italien in der Ruhrangelegenheit direkt ein-

gagiert ist und daß die Interessen Italiens bei der Regelung, von welcher man bis nun in unbestimmter Art schrieb, amüchtig vertreten werden.

Die Durchführung des Vorkonferenzbeschlusses.

Paris, 12. September. Nach einer Meldung des "Journal" aus Athen ist die griechische Flotte, die sich zur Vermeidung der Berührung mit den italienischen Schiffen nach Volos zurückgezogen hatte, nach Thessalon abgefahren, um dort die alliierten Kriegsschiffe, denen sie Ehrenbezeugungen erweisen muß, zu erwarten. — Wie das "Journal" aus Athen meldet, ist eine von Korfu kommende italienische Division in Zanti Quaranta eingetroffen.

Die Schuldigen am Diplomatenmord.

Rom, 11. September. (Savas.) Wie die "Epoca" aus Korfu meldet, soll Griechenland die Absicht haben, die Mitglieder des epirotischen Ausschusses und den Obersten Botzaris zu verhaften, welcher für den Hauptschuldigen an dem Mordfall der italienischen Delimitationskommission angesehen wird.

Für ein französisch-russisches Einvernehmen.

Paris, 12. September. (Savas.) Der soeben aus Rußland zurückgekehrte Senator De Monzie erklärte in einer Unterredung mit einem Redakteur des "Excelsior", Frankreich sollte mit Rußland politische Beziehungen anknüpfen, denn der größte Teil der russischen Führer, welche ein Einvernehmen mit Frankreich wünschten, scheint entschlossen zu sein, die notwendigen Opfer zu bringen, damit Rußland von der französischen Regierung anerkannt werde.

Rußisch-japanische Freundschaftsbezeugungen.

Moskau, 12. September. (A. N.) Tschischikowin erklärte in einer Unterredung mit japanischen Journalisten, Japan bleibe trotz der dem Lande durch das Erdbeben verursachten Katastrophe auch weiterhin in der Zahl der Großmächte. Der Verband der russischen Sowjetrepubliken werde Japan jedwede Hilfe gewähren, vor allem durch Lieferung von Bauholz. Weiter erklärte Tschischikowin, der Verband der Sowjetrepubliken stimme der Einleitung offizieller Besprechungen bezüglich der Gewährung langfristiger Konzessionen auf Sachalin an Japan unter der Bedingung zu, daß die russische Hälfte dieser Insel von Japan geräumt wird.

Die Gemeindewahlen.

Wie sie das Gewerbe retten wollen!

Am 16. September tritt in größerem Maße zum erstenmal die deutsche Gewerkepartei in den Wahlkampf ein. Ihre Daseinsberechtigung will sie dadurch erworben haben, daß sie den nationalen Phrasen der Deutschnationalen, deren Wähler sich bisher aus den Kreisen der Kleinbürger und Handwerker der deutschen Städte rekrutiert haben, das Klasseninteresse der Gewerbetreibenden gegenüberstellt. Ist sie ja doch auch bereit, mit den tschechischen Gewerbetreibenden, die sich gleichfalls in einer besonderen Gewerkepartei organisieren, gemeinsam für das, was sie als die Interessen des Gewerbebestandes ansieht, einzutreten.

Aus einem offiziellen Flugblatt dieser Partei geht hervor, daß sie die vermeintlichen Interessen des deutschen Gewerbebestandes am besten dadurch wahren will, daß sie die Arbeiterschaft wütend bekämpft. Denn was anderes sollen die in dem Programm angeführten Worte „Ablehnung jedweden Klassenkampfes“ bedeuten? Den Arbeitern wird jede Berechtigung zur Vertretung ihrer Klasseninteressen von der Gewerkepartei abgesprochen, in demselben Augenblick, da die Gewerbetreibenden eine eigene politische Partei gründen, die ihre Klasseninteressen vertreten soll. Der Klassenkampf der Arbeiterschaft ist höchst verderblich nach der Meinung der neuen Partei, aber der Klassenkampf des deutschen Gewerbebestandes, ja Gewerbetreibender, das ist etwas anderes!

Der Haß gegen die Arbeiterschaft zeigt sich auch darin, daß es die Gewerbetreibenden als ihre heiligste Aufgabe betrachten, die sozialen Errungenschaften, die sich die Arbeiterschaft in einem jahrzehntelangen Kampfe erobert hat, wieder zu beseitigen. Darum prangt als Punkt 6 der Kampfbüchle der Gewerkepartei „unbedingte Aufhebung des Achtstundentages in gewerblichen Betrieben“. Wie leidenschaftlich die deutsche Gewerkepartei diese ihre Forderung zu verwirklichen anstrebt, dafür kann als Beweis gelten, daß sie nicht nur schlechthin von der Aufhebung des Achtstundentages spricht, sondern daß sie diese Aufhebung „unbedingt“ haben will. Die Herrschaften von der deutschen Gewerkepartei möchten am liebsten, daß die Arbeiter wieder 12 und 14 Stunden arbeiten, wie dies vor 20 und 30 Jahren der Fall gewesen ist, daß die Gewerbetreibenden ungehindert die bei ihnen beschäftigten Arbeiter bis aufs Blut ausbeuten können, daß ihnen die Lehrlinge die Tücher waschen und ihren Frauen womöglich die Einkäufe besorgen und deren Kinder warten, anders als durch die maßlose Ausbeutung der Arbeiter glauben sie wahrscheinlich der Konkurrenz des Großbetriebes nicht begegnen zu können.

Das Verhältnis, in das die Gewerkepartei zur Arbeiterschaft treten will, ist auch daraus ersichtlich, daß Punkt 18 ihrer Forderungen Unterstützung der wirtschaftlichen Forderungen der Beamten und Lehrer als wichtige Konsumenten-gruppe verlangt. Die Arbeiterschaft ist also nach Ansicht dieser Herrschaften keine wichtige Konsumentengruppe, welches Zeugnis sich die Arbeiterschaft der Gewerbetreibenden wohl merken wird.

Von Interesse ist auch, daß sich die deutsche Gewerkepartei ihren Wählern als durch und durch clerikale Partei vorstellt. Punkt 17 ihrer Forderungen lautet nämlich: „Gesetzlicher Schutz der religiösen, sittlichen und christlichen Erziehung der Jugend in der Schule“. Worum es sich da handelt, ist klar. Die Gewerbetreibenden wollen, daß die Schule, so wie es im alten Oesterreich war, zum Herrschaftsinstrument der Kirche werden, daß nicht der Schullehrer, sondern der Pfarrer die erste Geige in der Schule spielen soll, daß den Eltern das Recht genommen wird, ihre Kinder so zu erziehen, wie sie es vor sich und der Gesellschaft verantworten können. Verlangen es vielleicht die materiellen Interessen der Gewerbetreibenden, daß die Konfessions- und Pfaffen-schule des alten Oesterreich eingeführt wird? Durchaus nicht. Der Gewerkepartei geht es nur darum, den Christlichsozialen Wähler abzu-

treiben, weswegen sie die Merkmalen im Merkmalismus noch übertrumpfen wollen.

Nimmt man noch hinzu, daß die deutsche Gewerkepartei unter ihren Forderungen den Kampf gegen die Konsumvereine als notwendig erklärt, so ist das Bild dieser von Arbeiterfeindschaft triebenden Partei fertig. Wenn die Führer der neuen Partei glauben, daß sie die Interessen des Gewerbebestandes am besten vertreten, wenn sie den Kampf gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiter wie gegen die Arbeiterschaft überhaupt führen, so werden ihre Anhänger bald die Erfahrung machen, daß die Politik der neuen Partei ebenso erfolgreich sein wird, wie die aller bisherigen in christlichsozialen und nationales Gewand sich hüllenden demagogischen Gewerbetreiber.

Hilters Knüppelhelden in Komotau.

Ein Debacle des Herrn Knirsch und seiner blutdürstigen Trabanten.

Komotau, 12. September. (Eigenbericht.) Die deutschen Nationalsozialisten hatten gestern in den Parksälen in Komotau eine öffentliche Wähler-versammlung einberufen. In ihren Flugblättern sowie in den Ankündigungen der Versammlung erklärten sie, daß sie in der Versammlung mit den Sozialdemokraten gründlich abrechnen werden. Schon vor Beginn der Versammlung rückten ungefähr dreißig, mit Hakenkreuzen geschmückte Ordner aus. Diese wollten den Eintritt jugendlicher sozialdemokratischer Arbeiter verhindern, während sie die jugendlichen Hakenkreuzer unbehindert durchließen. Als Genosse Stadler wegen dieses unerhörten Vorgehens der Ordner intervenierte, überfielen ihn zehn Hakenkreuzordner und streuten ihm, da er sich zur Wehr setzte, Paprika in die Augen. Bei Beginn der Versammlung, in der Herr Knirsch sprach, wurde von den Versammlungsteilnehmern festgestellt, daß die inzwischen eingetroffenen weiteren achtzig Ordner aus der Studentenschaft von Brüx und Görlitz mit Knüppeln bewaffnet waren. Ein Herr im Präsidium hatte einen Knüppel vor sich auf dem Tische liegen, mit dem er die Versammlung bedrohte. Dem Herrn Knirsch entgegengetreten der kommunistische Redakteur Wunsch aus Auzig und Genosse Kaufmann aus Komotau. Von den ungefähr zweihundert Anwesenden waren im höchsten Falle ein Zehntel Nationalsozialisten einschließend der erschienenen Bürgerlichen. Nach Schluß der Versammlung versammelten sich die Hakenkreuzordner auf dem Podium und sangen das Münchner Hakenkreuzlied, wobei sie drohende Gesten gegen die Versammlungsteilnehmer machten. Die Arbeiter stimmten darauf die „Internationale“ an. Plötzlich sprang ein Ordner der Hakenkreuzler auf einen Arbeiter zu und schlug ihm ins Gesicht. Andere Hakenkreuzler warfen von der Galerie des Saales Stühle auf die Versammlungsteilnehmer herab. Es kam zu einer äußerst kritischen Situation. Mehrere Hakenkreuzler begannen auf die Arbeiter einzuschlagen, ein Hochschüler namens Kraus zog sogar einen Revolver. Unsere Genossen nahmen ihn aber gleich auf der Stelle die weitere Lust zur Drohung mit Waffen. Die Polizei, die in den Saal einströmte, stellte eine Reihe von Verlesenen fest. So haben mehrere Arbeiter und jugendliche Wunden auf dem Kopfe davongetragen, während ein jugendlicher einen Stuhl in den Arm erhielt. Zwei Hakenkreuzler mußten in der Hotelkuche wieder zum Bewußtsein gebracht werden.

Die Komotauer Arbeiterschaft hat jedenfalls bewiesen, daß sie sich die Provokation der Hakenkreuzler nicht länger gefallen lassen will.

Sehnsucht nach der Monarchie!

In der christlichsozialen Warnsdorfer „Volkzeitung“ erschien am

4. September d. J. ein Artikel eines Herrn Doktor Heinrich Hilscher, in dem sich folgende Stelle befindet:

„Nach dem letzten Kriege war es in einer Anzahl von Staaten ehrgeizigen Männern gelungen, die Monarchie zu stürzen, die Regierungsgewalt an sich zu reißen und die Republik zu errichten. Das Volk, durch den langen Krieg seelisch und körperlich zusammengebrochen, war außerstande, dem Unsturz erfolgreich Widerstand zu leisten. Alles schrie und sprach damals nur von Freiheit, Republik und andredendem Glück. Es ist seitdem manches anders geworden. . . . Bezeichnend ist folgender Fall, der sich kürzlich in Wien ereignete. Im Wiener Burgtheater wurde vor vollem Hause das Lustspiel „Die Fahrt ins Blaue“ gegeben. In einer Loge saß auch der Präsident Zeitz, das erste Staatsoberhaupt der Republik Deutschösterreich. Die Künstlerin Widdrath spielte die alte Frau von Trevillac. Während ihres Spieles kam es zu einer seltsamen Szene: Frau von Trevillac schwärmte von den Zeiten des Königs Louis und auf die Frage, was sie denn für diesen König übrig habe, sagte sie beiläufig: Sehen Sie, damals war ich jung und schön und reich und es war angenehm zu leben, und heute bin ich eine alte Frau und arm und alles in dieser Republik ist öde und langweilig. Und diese alte Frau von Trevillac fuhr fort: „Fahrt doch ab mit dieser Republik!“ Mit einem Schlage brach das Haus bei diesen Worten in einen rasenden Beifallssturm aus, während das erste Staatsoberhaupt eilfertig aus seiner Loge verschwand.“ („Neues Reich“, vom 4. August 1923.)

So urteilen über die Republik Leute, welche zur wohlhabenden Klasse gehören. Wie werden über die österreichische Republik erst Leute urteilen, denen die Mittel fehlen, ihren Hunger zu stillen! So urteilen über die Republik Leute, welche bei der Aufrichtung der neuen Staatsform übergeigte Anhänger der Republik gewesen. Wie mögen über die Republik erst jene urteilen, die ihre Gesinnung gegen das Vaterland nie gewechselt! Und diese bilden den Großteil des Volkes. Die Treue zum Vaterlande, das man in der Jugend lieben gelernt hat, wirft man nicht weg. Das ist so selbstverständlich, daß es keiner Rechtfertigung bedarf.“

Unverhohlenen ist in den letzten Jahren die durch und durch monarchistische Gesinnung unserer Merikalen nirgends ausgeprägter worden. Das Märchen aus dem Burgtheater hat der Merikale Doktor, der höchstwahrscheinlich selber in einer Stube steht, frei erfunden. Ihm aber ist es mit dem „Fahrt doch ab mit dieser Republik!“ heiliger Ernst. Er bedauert es aus tiefstem Herzen, daß dem Unsturz niemand „erfolgreich“ Widerstand zu leisten“ imstande war und mit ihm bedauert es die christlichsoziale Partei, deren Presse monarchistischen Reaktionen freudig ihre Spalten öffnet. Nur schade, daß es mit jenem kaiserlichen Vaterland, das die Pfaffen in ihrer Jugend lieben, die Arbeiter hassen gelernt haben, für immer vorbei ist. Und wer am 16. September christlichsozial stimmt, sei dessen bewußt, daß er damit die finstere Reaktion, die geheimen Wünsche kaiserlicher Merikaler fördert.

Wie die christlichsozialen Antisemiten bei den jüdischen Kapitalisten betteln.

Die „Jüdische Volkszeitung“ veröffentlichte folgende Zuschrift des Sekretärs der christlichsozialen Tiroler Volkspartei an eine Jüdische jüdische Großfirma:

Jüdischbrud, am 2. Juni 1923.

Euer Hochwohlgeboren!

Eine Entscheidungsstunde von weittragender Bedeutung naht für ganz Oesterreich, die Nationalratswahl im Herbst dieses Jahres. Mit einer schwachen Mehrheit hat Kanzler Zeipel das große Werk der Restauration eingeleitet. Die Wohlthaten dieser aufbauenden Politik für Volk und Reich und Wirtschaftswesen zeigen sich schon in merkwürdiger Weise. Wenn auch eine solche Neuaufrichtung mit großen Lasten verbunden ist, so muß doch jeder Oesterreicher und jeder Vaterlandsfreund diese Tat beglückwünschen und so weit er kann, zum vollständigen Gelingen beitragen.

Die Nationalratswahl im Herbst ist der entscheidende Augenblick. Soll das Begonnene weitergeführt oder soll in ähnlicher Weise, wie in den ersten Republikjahren zur Zeit der Kerner-Herrschaft, mit den Kräften des Volkes und der Leitung des Staates gespielt werden?

Die Gegner wissen genau, was dieser Tag bedeutet. Sie sammeln heute schon unermessliche finanzielle Mittel, um zur Herbstwahlzeit alles für ihren Sieg vorbereitet zu haben. Jeder Arbeiter muß für jede Woche, sofern er in einer Organisation steht, 1000 Kronen Wahlvorbereitungs liefern. Es wird ihm vom Lohn abgezogen, gleichgültig, ob er will oder nicht. In Tirol sind 20.000 organisierte Arbeiter. Das gibt pro Woche, theoretisch wenigstens, 20 Millionen Kronen. Die christlichsoziale Partei wird nicht im entferntesten in ähnlichen Mitteln auf den Plan treten können. Aber einiges an finanzieller Beistand muß durch andere Parteimitglieder geleistet werden. Die Reichsparteileitung sagte den Vorschlag, von jedem Parteimitglied 5000 Kronen für Wahlvorbereitung zu erbitten. Wir überlassen die Höhe der Beistand Ihrer Selbstentscheidung, bitten aber dringend, uns in diesem Riesenkampfe nicht im Stich lassen zu wollen, und erwarten, daß Ihre Parteitreue sowie der große Augenblick Sie selbst anfeuern, nach Ihren Kräften unsere Bestrebungen zu fördern.

Weiser dieses ist besagt, Spenden und Beiträge für den Wahlfonds der Tiroler Volkspartei entgegenzunehmen.

In vorzüglicher Beachtung

Otto Ziehegger.

(Stampiglie der Tiroler Volkspartei Innsbruck.)

Das die Antisemitismus ihren „Niesenkampf“ gegen die Arbeiterklasse von jüdischen Kapitalisten finanzieren lassen, ist ja bereits allbekannt. Bezeichnend ist aber die Selbstverständlichkeit, mit der die antisemitischen „Antikapitalisten“ voraussetzen, daß jeder jüdische Kapitalist ihnen „Parteilinie“ leistet. Sie haben eben die nicht unzutreffende Ansicht, daß es in diesem Niesenkampf nur zwei Parteien gibt: die Partei der Arbeitenden, die hinter der Sozialdemokratie steht, und die Partei der Kapitalisten aller Konfessionen, die in verschiedenen Gruppen zerfallen, in Wirklichkeit aber ein Herz und eine Seele sind.

Sozialdemokratische Wählerversammlung in Reichenberg.

Die Reichenberger Kommunisten wollten wieder einmal ihre Macht zeigen und besuchten daher die von unserer Partei einberufene öffentliche Wählerversammlung. Es gelang ihnen nicht, die Versammlung zu terrorisieren. Mit welcher Absicht sie gekommen waren, dafür sprach die von Genossen Wolf bei Eröffnung der Versammlung erwähnte Äußerung des Reichenberger Kommunisten Elsner, der schon tags vorher prophezeit hatte, daß die sozialdemokratische Wählerversammlung ein Kaspertheater werden würde. Als erster Redner sprach Genosse Hillebrand, der darauf hinwies, daß die Kommunisten gute Helfer des deutschen Bürgertums sind. Während Hillebrand, dessen Ausführungen stürmischer Beifall folgte, über die Gemeinderatswahlen gesprochen hatte, wies Kreibitz von diesem Thema ab. Er schimpfte wie gewöhnlich auf die Sozialdemokraten. Im Schlußwort wurde er vom Genossen Hillebrand gründlich abgefertigt. Die Versammlung hat bewiesen, daß wir es in Reichenberg nicht nötig haben, hinter „verschlossenen Türen“ zu sprechen, wie die Kommunisten immer behaupten.

Die Neutitscheiner sozialdemokratischen Stadtvertreter vor ihren Wählern.

Am Dienstag fand im größten Saale Neutitschens, im „Deutschen Vereinshaus“, eine massenhaft besuchte Versammlung statt, in der unsere Genossen Stadtvertreter vor den Wählern ihren Rechenschaftsbericht erstatteten. Es sprachen die Genossen Dr. Löwy, Czernotzky, Schmehlich, Schloßnigel und Bg. Kamler. Aus ihren Ausführungen war die Kleinarbeit zu ersehen, die in den letzten vier Jahren in der Gemeinde von unseren Genossen geleistet wurde. Im Armenwesen wurden die Unterführungen, die früher zwei bis vier Kronen wöchentlich betragen, bedeutend erhöht, außerdem wurden den Armen ordentliche Wohnungen verschafft und schließlich wurde die freie Fräulein-erziehung eingeführt. Auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge wurden hunderte Wohnungen beschlagnahmt und geteilt, außerdem aber wurden durch die gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft eine Reihe von Häusern gebaut, so daß die Wohnungsnot gelindert wurde. Auf dem Gebiete des Ernährungswezens wurde der Bevölkerung über die schwerste Zeit hinweggeholfen. Das Krankenhaus wurde zu einer modernen Anstalt ausgebaut. Die Kranken werden heute bedeutend besser versorgt als sogar in der Vorkriegszeit. Es wurde ferner in den Schulen die regelmäßige ärztliche Untersuchung und die teilweise Schülerspeisung eingeführt. Auch auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge wurde vieles getan. Es wurden mit den Arbeitern der städtischen Werke sowie mit den Angestellten der Stadtgemeinde Verträge abgeschlossen, den Arbeitslosen wurde mit der Beistellung von Heizmaterial, Nahrungsmitteln und Mietzinsausbissen unter die Arme gegriffen. Außerdem wurden die vollständig ruinieren Straßen und Gebäude der Stadt erweitert und durch Notstandsbauteil Arbeitsgelegenheit geschaffen. In finanzieller Beziehung mußten natürlich Mittel aufgebracht werden, um diesen Aufgaben gerecht zu werden. Es wurde danach getrachtet, die wirtschaftlich Schwachen durch Einstellung der Erwerbssteuer und der Mietzinssteuer zu schonen; hingegen eine Auto- und Verzinssteuer eingeführt. Auch bei der Wahrung der Rechte der Stadt hatten unsere Genossen eine glückliche Hand und es gelang wiederholt, durch Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes die Stadt vor Schanden zu bewahren.

Wenn wir diese Arbeit unserer Genossen überblicken, können wir feststellen, daß in kurzer Zeit unter den ungünstigsten Verhältnissen mehr als in irgend einer der vorherigen Wahlperioden, in denen unsere Gegner herrschten, geleistet wurde. Unsere Genossen konnten daher erhabenen Hauptes von ihre Wähler treten. Der 16. September wird ihnen das Vertrauen der Bevölkerung auch neuerdings bestätigen.

Die Nationalisten.

Die deutschnationale Troppauer „Deutsche Post“ und nach ihr ihre kirchliche Mitbürgerin, das „Volk“, brachten dieser Tage einen Artikel über die Politik Seipels, in dem sich unter anderem folgende Bemerkung fand:

„Mit Schaudern denkt man noch an die sozialdemokratische Herrlichkeit zurück. In dieser Epoche begnügte man sich nicht damit, zur Futterkrippe zu gelangen, man nahm sogleich eine Mastkur. Es gibt keinen

Eine bedeutungsvolle Rede Stresemanns.

Der neue Vorschlag: Eine Hypothek auf Reichs- und Privatbesitz. — Schaffung einer Treuhandgesellschaft. — Sicherstellung der Durchführung des Vorschlages.

Berlin, 12. September. (Wolff.) Bei dem heutigen Empfang der Presse hielt Reichskanzler Dr. Stresemann eine längere Rede. Er gab zuerst eine Darstellung der Wirtschaft- und Finanzlage und besprach besonders die Maßnahmen, die gegen den Währungsverfall getroffen werden sind. Dann fuhr der Reichskanzler fort:

„Offenheit ist besser als Illusion und deshalb wollen wir offen aussprechen, daß ohne Lösung des außenpolitischen Konfliktes die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen, der Verfall der Mark nicht aufzuhalten und die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands nicht herbeizuführen ist. Die Regierung hat sich vom ersten Tage ihres Amtsantrittes die Lösung des Ruhrkonfliktes zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des passiven Widerstandes erfolgen konnte. Machtpolitisch war diese Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Cuno hat niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach der Räumung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. Das Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien. Für uns ist die entscheidende Frage die Souveränität über das Rheinland und die Wiedererlangung der Freiheit des Ruhrgebietes. Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben.“

Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgeführt, er zöge die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand hat, den schönsten theoretischen Rechten vor, er beabsichtige nicht, die Pfänder gegen allgemeine Garantien einzutauschen. Er hat weiter betont, daß

sozialdemokratischen Führer, der nicht die Zeit der roten Regierungsherrlichkeit dazu benützt hätte, sich schamlos zu bereichern.“

Die deutschnationalen und christlichsozialen Zeitgeber meinen damit die Führer der österreichischen Sozialdemokraten. Sie sollen Namen nennen! Dann werden wir die „verantwortlichen“ Lumpen, die da die sozialdemokratischen Vertrauensmänner bewußt verleumdern, Mores lehren. Inzwischen müssen sie sich damit begnügen, als gemeine Lügner und Ehrabschneider gebrandmarkt zu werden.

In der Merikalen Teplitzer „Volkspost“ stand gestern zu lesen:

Auch unsere heimischen Genossen-Führer Czech, Czernak, Hillebrand u. a. brauchen sich den österreichischen Genossenführern gegenüber ihrer Bezüge nicht zu schämen. Im Mai d. J. beschloß eine öffentliche Versammlung in Kolin eine Resolution, in der gefordert wurde, daß gegen einige sozialistische Abgeordnete die Untersuchung eingeleitet werde, auf welche Weise sie plötzlich wohlhabend geworden und wie sie zu Grundbesitz gekommen sind.

Der jesuitische Kniff ist gelungen: die Verbindung der Namen unserer ersten Vertrauensmänner mit der angeblichen Resolution aus Kolin, in welcher rein tschechischen Stadt es eine deutsche Sozialdemokratie überhaupt nicht gibt, soll beim Leser die Ueberzeugung wecken, daß die Genossen Czech, Czernak und Hillebrand „plötzlich wohlhabend geworden“ und „zu Grundbesitz gekommen“ sind. Diese Lügen greifbar auszusprechen, wagen nicht einmal die mit allen Zeichen geschmückten schwarzen Verleumder. Sie fürchten, daß man ihnen sonst etwas ansaust die Kutten ausstopfen würde.

Wie Landbändler verwalten.

In der Gemeinde Ebersdorf ist es den dort herrschenden Landbändlern gelungen, 1.000.000 Kronen Schulden zu machen und 300.000 Kronen zu verwirfachen. Wie von ihnen gewirtschaftet wurde, soll an wenigen Beispielen gezeigt werden. Bei der Uebernahme der Wasserleitung durch die Gemeinde wurde ohne jeden Anstand ein unbrauchbarer Generator übernommen wie auch die ganze Wasserleitung, ohne daß eine mehrjährige Garantie verlangt wurde. Kurze Zeit nach der Uebernahme mußte der neuere Generator völlig beiseite gelassen werden und heute wartet er auf den Eisenmann, der ihn um wenige Kronen kaufen wird. Das Pumpenhaus, das schon vor der Uebernahme durch einen Holzbock gestützt werden mußte, ist im Frühjahr mit einem Kostenaufwande von Tausenden Kronen renoviert worden. In gleicher Zeit hat der agrarische Vorsteher der Wasserleitungsbaufirma ein Zeugnis unterschrieben, in dem die tadellose Durchführung des Baues beglaubigt wird (!!). Daß bei solchen Manipulationen die Gemeindeumlagen über 3000 Prozent betragen, ist verständlich. Und die neue gegnerische Liste des „Bundes der Landwirte“? Sie zeigt Kandidaten des „kleinen“ Landvolkes, die „nur“ 1000 Meßen Grund im Besitze haben. Daß diese Großbauern an Hochschulprüfungen für alle landwirtschaftlichen Produkte interessiert sind, wodurch alle Konsumenten in Zukunft zum Hungern verurteilt werden sollen, ist selbstverständlich. Kleinbauern und Kleingewerbetreibende! Wollt ihr Euerer Interessen durch tüchtige und unerschrockene Männer vertreten lassen, so wählt am Wahltag die Liste der sozialdemokratischen Arbeiterpartei!

die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, welche der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Länder gebe. Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrig bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haftet für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betrifft

die unmittelbare Heranziehung des privaten Besitzes

und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber die Heranziehung privaten Besitzes ein realisierbares Verbot, während die Sicherheiten des Versailler Vertrages dies derzeit nicht sind.

Wenn auf den Reichsbesitz und den Privatbesitz der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle Hypotheken zugunsten des Reiches eingesetzt werden, und zwar in der Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken als ein reales und mobiles Wertobjekt in eine Treuhandgesellschaft eingebracht werden, an deren Verwaltung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Zinsen aus den Hypotheken würden der Treuhandgesellschaft zufließen. Diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypotheken und der Zinsentragnisse durch Ausgabe von Obligationen Anleihen aufzunehmen. Dadurch wäre die Möglichkeit gege-

Ein deutschnationaler Schwindel.

Eine neue Taktik haben sich die Deutschnationalen in Nordmähren und Schlesien beigelegt. In kleinen Gemeinden, wo wir keine oder nur schwache Organisationen haben, ist man fast überall mit einer sogenannten „Einheitsliste“ gekommen und hat auch unsere Genossen versprochen, die Arbeiter und Häuser zu berücksichtigen, wenn sie auf eigene Kandidaturen verzichten. In einzelnen Orten sind unsere Genossen den vorgeschickten „Unpolitischen“ darauf eingegangen. Nun hat man die Kandidatenlisten durch die Wahlmänner der Deutschnationalen erst im letzten Momente überreichen lassen; zu spät sah man nun, daß auf dem Kopf der Liste die Worte „Deutsche Einheitsliste“ prangten. Die Deutschnationalen haben dadurch die Unbequemlichkeiten einer Wahl vermieden und den bürgerlichen Parteien sind die gesamten Stimmen zugezählt worden. Ein solcher Fehler ist nachträglich nicht mehr gutzumachen und eine Zurückziehung der Kandidatur von Arbeitervertretern verschlimmert nur das Uebel. Man wird also die Wahlberichte der Bürgerlichen mit großer Vorsicht genießen müssen.

Ein Musterkuddelmuddel

Bildet die Kandidatenliste der Deutschnationalen, Christlichsozialen und des Bundes der Landwirte in der Gemeinde Zeidler bei Wardsdorf. Auf dieser Liste stehen Großbauern, Fabrikanten, Lehrer, Fabrikbeamte, Kleingewerbetreibende und leider auch Fabrikarbeiter. Diese Arbeiter, die da auf der kapitalistischen Kandidatenliste stehen und bereit sind, ihren Kollegen in der Fabrik im Wahlkampf entgegenzutreten, sind zu bedauern, denn ihnen fehlt die Verunft, zu erkennen, daß sie ihren Ausbeutern helfen. Auch die Lehrerschaft hilft den kapitalistischen Parteien. Die deutschen Arbeitervertreter in Bezirk und Gemeinden haben sich mit allen Kräften dafür eingesetzt, daß die aufzulassenden Schulklassen aus Bezirks- und Gemeindegeldern unterstützt werden. Kein einziger Agrarier oder Fabrikant hat zu diesem Zweck in seinen Geldsack gegriffen, die arbeits- und brotlos gewordenen Lehrer mußten aus öffentlichen Geldern unterstützt werden. Hoffentlich wird der Vorfall von Zeidler vereinzelt bleiben.

Ein deutsch-ungarisches Urteil über den christlichsozialen Forthjuden Flachbarth.

Herrn Dr. Flachbarth, einem der beiden Kandidaten der Erwählenden Ungarn auf der Liste des Prager „Deutschnationalen Arbeitsbundes“, war die Feststellung, daß das von ihm redigierte Blatt „Pragai Magyar Hirlap“ wohlbekannte Beziehungen zu den reaktionären Kreisen Ungarns und der Slowakei unterhält, begriffschwermüde peinlich und er suchte die Tatsache durch eine Erklärung in den Prager bürgerlichen Blättern aus der Welt zu schaffen. Dem gegenüber stellt Dr. Bela Rab in einer Zuschrift an uns unter anderem nochmals fest, „daß es eine bewußte Fressführung ist, wenn Herr Dr. Flachbarth behauptet, daß das Prager Ungarntum hinter ihm und hinter dem von ihm kreierten Wahlschiffe steht.“ Und da Dr. Flachbarth in bequemer Weise den Spieß umdreht, bemerkt Dr. Rab in seiner Zuschrift, daß er „weder zu einem „Regierungssystem“ — wie sich Herr Dr. Flachbarth so kläffisch ausdrückt — noch zu irgend einer Regierung je Beziehungen unterhält und unterhalte und daß er einen jeden, der das Gegenteil behauptet, der Lüge und gemeinen Verleumdung zeihen muß.“ Damit ist über Herrn Dr. Ernst Flachbarth ein sicheres Urteil gefällt.

ben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu sehen, ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären.

Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Tatsache. Sie ist

frei von jeder Zweideutigkeit.

Wie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite aufgestellten Forderungen für die Räumung des Ruhrgebietes erfüllt wären. Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die Wiederherstellung Deutschlands über das Ruhrgebiet und die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland. Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt und im Rheinland die alten Rechte wieder hergestellt werden.

Gibt man uns die Sicherheit, daß jeder, der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wieder gegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einst blühende Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsfreudigkeit zurückzugeben. Ich hoffe auf die Möglichkeit einer solchen Regelung.

Frankreich hat durch seinen Ministerpräsidenten erklärt, daß es keine Konzession beabsichtigt, daß es nicht dauernd an der Ruhr zu bleiben gedenke. England findet sich mit dieser Auffassung sicher in Uebereinstimmung. Belgien würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich begrüßen, und wir sind davon überzeugt, daß auch die Auffassung Italiens sich in derselben Richtung bewegen wird.

Für uns ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugemutete Last wird tragen können. Wir wissen, in welcher schwerer Zeit wir uns befinden, aber ich darf mit Gewissung darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind in einer Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird.

Wenn es um die Entscheidung geht zwischen der Freiheit des Landes oder den Besitz des Einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger einschlagen wird, als jene ostpreussische Landschaft, die einst durch Hingabe ihres Besitzes als Pfand für den preussischen Staat die Abtragung einer großen Kriegsentschädigung ermöglichte.

Es handelt sich nicht um Fragen der Parteipolitik, um Einzelinteressen von Verfassungen, sondern

um Leben und Sterben des deutschen Volkes.

Jrgend eine Verständigung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkt beantworten kann; jedenfalls ist sie notwendig.

Wenn heute unter anderen Verhältnissen Deutschland, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Krieg auf sich zu nehmen, dem Frankreich der Gegenwart gegenübersteht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hand mehr als die Geschicke Frankreichs liegen und von deren Entscheidung die Ruhe und Befriedigung Europas abhängt, sich von denselben Gesichtspunkten leiten lassen mögen, daß es auch jetzt gilt, den Frieden zu wollen, den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, die nationalen Leidenschaften zu beschwichtigen und dadurch Garantien für einen wirklichen Frieden zu geben.“ (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Tages-Neigkeiten.

„Lasset die Kleinen zu mir kommen!“

Daß dieses Wort Christi von seinen Nachfolgern und Jüngern „beherzigt“ wird, beweisen immer wieder die Fälle von Mißhandlungen, die sich in Klosterschulen zutragen. Ein neuer empörender Fall wird uns aus dem Sternberger Nonnenkloster berichtet: Im dortigen Kloster der „barmherzigen“ Schulschwwestern sind nämlich einige schwachsinuige Kinder untergebracht. Daß besonders für diese Kinder Mißhandlungen nicht die richtigste Erziehungsmethode darstellen, wird wohl jeder Mensch einsehen. Die „barmherzigen“ Schulschwwestern jedoch wissen es anders:

Eine von ihnen mißhandelte ein im Kloster untergebrachtes elfjähriges Mädchen, das sie beim Raschen erwischte, derart, daß das Kind am ganzen Körper blutunterlaufene Stellen und Hautabschürfungen davontrug. Die barmherzige Schwwestern band das Kind an eine Bank fest und hieb mit einer Weinstockrute blindlings auf die Wehrlose los.

Nach der Mißhandlung ließ sie das Kind, das auch aus der Nase blutete, an der Bank gebunden. Der Kleinen gelang es, sich zu befreien und davonzulaufen. Das weinende Kind ließ einigen Tabakarbeiterinnen in die Hände, die soeben aus der Arbeit heimkehrten. Ein zufällig des Weges kommender Waffe besah, als er die

Schilferung der Züchtigung hörte, die Freiheit, die „barmherzigen“ Schwefeln in Saug zu nehmen. (1) Das Kind wurde zu einem Arzt geschickt, und es wurde gleich ein Gendarmen von dem Vorfall verständigt, die sofort die Untersuchung einleiten ließ. Die „barmherzigen“ Schwefeln hatten jedoch ihre Barmherzigkeit nicht zur Genüge bewiesen. Zwei von ihnen erschienen bei der Gendarmen und verlangten, daß das Kind ihnen wieder in „Obhut“ gegeben werde. Dieses Ansinnen wurde von der Gendarmen natürlich rundweg abgelehnt. In 2. hat der Vorfall ungeheures Aufsehen erregt. Die Bevölkerung verlangt einmütig, daß die schwachsinningigen Kinder der „Fürsorge“ der „barmherzigen“ Schwefeln entzogen werden, die auf so handgreifliche Weise das Wort Christi: „Lasset die Kleinen zu mir kommen“ in die Tat umsetzen.

Die Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird nach einer Meldung des deutschgeschriebenen Regierungsblasses in der nächsten Zeit erscheinen. Die Durchführung des Gesetzes fällt jenen politischen Behörden zu, die mit der Leitung des Sanitätsdienstes betraut sind. In den Eingangsbestimmungen befaßt sich die Durchführungsverordnung mit der Ausgestaltung der venereologischen Abteilungen in den Krankenhäusern und bemerkt dann zum § 14 des Gesetzes, daß die zuständigen Behörden für eine tatsächliche Aufhebung der Freudenhäuser Vorkehrungen treffen haben. Die Inhaber der Freudenhäuser — soweit diese noch nicht geschlossen sind — müssen die Schließung, ehestens vornehmen. Spezielle Aufsicht soll den Weinstuben, Nachtcafés und Bars gewidmet werden. Bei der Freilegung der Konzession muß der Inhaber der „Chambre séparées“ in diesen Nachtlokalen einwandfrei nachgewiesen werden. Die Untersuchungsbehörden sind den Straßenprostituierten unerbittlich abzunehmen und zu vernichten. Nach den Bestimmungen der Durchführungsverordnung wird vorläufig nicht zur Errichtung eigener staatlicher Besserungsanstalten für Prostituierte geschritten werden. Weiter bestimmt die Durchführungsverordnung, daß jeder, der auf öffentlichen Plätzen zum Geschlechtsverkehr auffordert, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um gewerbemäßige Prostitution handelt, angehalten werden wird. Insbesondere soll das Herumstreifen von Personen weiblichen Geschlechtes an gewissen Plätzen, sowie ihr Verweilen in Nachtlokalen aufmerksam kontrolliert werden. Auch die Stundenheften werden einer erhöhten Aufmerksamkeit unterliegen. Einen breiten Raum der Durchführungsverordnung nimmt die präventive Kampagne gegen die Geschlechtskrankheiten ein. Jugendliche Personen, besonders Mädchen unter achtzehn Jahren, sollen gewissenhaft beobachtet werden, ob sie ein solches Vergehen an den Tag legen, daß durch dasselbe zum Geschlechtsverkehr aufgefordert wird. Jugendliche Personen können, wenn sie aufgegriffen werden und ihre Eltern nicht vertrauenswürdig sind, Besserungs- und Erziehungsanstalten übergeben werden.

Auf Grund des Säuggesetzes. „Wegen Verherrlichung des Baeranschen Hochverrats“ wurde, wie das Abendblatt des „Cestis Slovo“ meldet, der verantwortliche Redakteur der Troppauer „Deutschen Post“ Glawatsch auf Grund des § 16 des Säuggesetzes zu 14 Tagen Gefängnis bedingt verurteilt.

Gendarmenwiderstand gegen Arbeiter in Mariazell. Am Sonntag hatte die sozialdemokratische Bezirksorganisation in Mariazell in Steiermark eine große Versammlung einberufen. Die Versammlung, in der Genosse Seiby aus Wien sprechen sollte, konnte auf dem Hauptplatze nicht stattfinden, weil ein Kommissar der Bezirkskommandantur erklärte, daß bei der Abhaltung der Versammlung auf dem Hauptplatze die Gefahr eines Zusammenstoßes mit einer slowakischen Prozession bestehe. Die Arbeiterschaft, die in ungeheuren Massen erschienen war, zog hierauf in geschlossenem Zug auf einen anderen Platz, wo Genosse Seiby ein eineinhalbstündiges Referat erstattete. Nach der Versammlung begaben sich die Arbeiter Genossen Seiby zum Bahnhof. Vor der Abfahrt des Zuges kam es nun zwischen Arbeitern und Bürgerlichen zu einer Schlägerei. Die vom Stationsvorstand herbeigeholte Gendarmen ging, ohne sich darum zu kümmern, wer der Urheber der Schlägerei gewesen ist, in brutaler Weise gegen die Arbeiter los. Ein Gendarm verfuhr hierbei einem sozialdemokratischen Ordner, der sich ihm gegenüber legitimierte, mit den Worten: „Mit Hundenspreche ich nicht“ eine Ohrfeige. Dann zog er noch fünfmal Blau und hieb in die Menge hinein. Um die Menge zu beruhigen, gab der Stationsvorstand das Signal zur Abfahrt des Zuges. Gegen den „arbeiterfeindlichen“ Gendarmen ist von den Genossen die Anzeige erstattet worden.

Eröffnung einer Erholungsstätte für Leichterkrankte bei Wien. Für gestern hatte der Wiener Bürgermeister Neumann die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse zu einer Eröffnung der neuen Tag- und Nacht-erholungsstätte für Leichterkrankte „Arzenwiese“ am Schasberg bei Dornbach eingeladen. Es ist dies die vierte Erholungsstätte dieser Art, die von der Gemeinde Wien in diesem Jahr im Kampfe gegen die Tuberkulose errichtet worden ist. Sie bietet für 100 weibliche Patienten Raum.

Die Erinnerungen Wilhelms II. — Materialpapier. Die auch seinerzeit vom „Prager Tagblatt“ gebrachten „Gestalten und Erinnerun-

Gründliche Abfuhr der „Bohemia“ durch die Bankbeamten.

Die Angriffe der „Bohemia“, die in den letzten Tagen die Bankbeamten, ihre Organisation und deren Führer in der unglaublichen Weise beleidigte und verleumdete, haben, wie nicht anders zu erwarten war, den Verband der Bank- und Sparkassenbeamten auf den Plan gerufen. Gestern erschien als Sonderausgabe der Fachzeitschrift „Der Bankbeamte“ ein Flugblatt, in dem sich die genannte gewerkschaftliche Organisation „in eigener Sache“ zu den Gemeinderatswahlen an die Kollegen wendet, um die „systematisch unwahren und grundlosen Anschuldigungen“ der „Bohemia“ gegen den Verband zurückzuweisen. Das Flugblatt stellt zunächst fest, daß die herausfordernde Schreibweise der „Bohemia“ die parteipolitisch-neutrale Gewerkschaft der Bankbeamten gegen ihren Willen zwingt, in den politischen Wahlkampf einzugreifen. Dann werden die wüsten Stellen aus den Angriffen der „Bohemia“ zitiert, denen gegenüber der Verband erstens feststellt, daß keine seiner Bewegungen, auch nicht der Streik im Jahre 1921, „eine Affäre irgendeiner Partei, daher auch nicht der sozialdemokratischen“ war. (Die „Bohemia“ erdreistete sich bekanntlich, „den Bankbeamtenstreik als eine der skandalösesten Affären der Sozialdemokratie zu bezeichnen.) Zweitens werden die Bankbeamten daran erinnert, „daß den Anlaß zum Streik jenes Schreiben der deutschen Bankdirektoren bildete . . .“, das die Entlassung aller an der Sperre beteiligten Beamten aussprach“. Dann heißt es im Flugblatt weiter:

3. Es ist bekannt, daß die Streikleitung nicht nur bei Beendigung des Streikes von den bevollmächtigten Delegierten der Beamenschaft aufgefordert wurde, auf ihren Plätzen zu verharren, sondern daß auf der am 28. November 1921 stattgefundenen Hauptversammlung der Verbandsleitung das Vertrauen ausgesprochen und die meisten Mitglieder der alten Streikleitung an leitende Stellen der Organisation wiedergewählt wurden. Auf dem heutigen Verbandstage wurden Mitglieder der Streikleitung an unsere ständigsten Stellen berufen.

4. Die Wahlen erfolgten einstimmig durch die bevollmächtigten Vertreter der „betrogenen“ und „verführten“ Beamenschaft. Von diesen Männern ist weiter bekannt, daß sie nur darum die ihnen gebührende Karriere in den Banken nicht gemacht haben, weil sie sich weigerten, die ihnen anvertrauten Funktionen in der Gewerkschaft niederzulegen und die Beamenschaft zu verraten, wiewohl die Banken diesen Schlag gegen die Beamenschaft mit allen Mitteln durchzuführen trachteten.

5. Was die Spunde rte anbelangt, die der Organisation den Rücken fehrten — einige hiervon dürften sich wahrscheinlich unter den Hintermännern der „Bohemia“ befinden — stellen wir fest, daß unser Verband als eine der wichtigsten Gewerkschaften den Mitgliederstand vor dem Streik überschritten hat.

6. Wie die Stimmung der Bankbeamenschaft gegen die von der „Bohemia“ angefallene Verbandsleitung ist, bewiesen die Ende Dezember 1921 durchgeführten geheimen Personalkommissionenwahlen, bei denen mit einer einzigen Ausnahme alle zu besetzenden Mandate durch unsere Mitglieder besetzt wurden, wiewohl in fast allen Instituten Listen gegen die Organisation aufgestellt waren.

Diese Antwort läßt wohl Punkt für Punkt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und bietet die Gewähr, daß die „Bohemia“ mit ihrer beleidigenden, entstellenden Schreibweise das Gegenstück dessen erzielt, was sie beabsichtigte: die organisierte Bankbeamenschaft wird nämlich derart neuerdings über die Tendenzen einer ge-

gen Wilhelms II.“, die in Deutschland in Buchform erschienen sind, sollten nach der Schlußzahl der Verleger heute sechzehn Millionen Mark kosten. Sie werden jedoch, da kein Mensch das Bedürfnis hat, sich an den Erinnerungen des letzten deutschen Kaisers zu erfreuen, zum Preise von 300.000 Mark, also für wenige Friedenspfennige angeboten. Doch auch für diesen niedrigen Preis will das Buch niemand kaufen und es wird den Verlegern nichts anderes übrigbleiben, als es einzusampfen zu lassen. Die ehemaligen Landesfürsten Wilhelms wollten also von ihrem einstigen Landesvater nichts mehr wissen.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan. Die japanische Votschaft in London übergab der Presse eine ziff-nmäßige Uebersicht über die durch das Erdbeben verursachten Schäden. In Tokio brannten im ganzen 316.000 Häuser (71 Prozent aller Wohnbauten) nieder. 1.356.000 Menschen sind dort ohne Dach (67 Prozent der ganzen Bevölkerung). In Yokohama brannten nach den bis zum 8. September eingelangten Angaben im ganzen 70.000 Häuser nieder. Die annähernde Zahl der Opfer beträgt nach einer amtlichen Mitteilung in Yokohama 23.000 Tote und 40.000 Verwundete. Amtlich wird weiter erklärt, daß die Hilfsaktion erfolgreich fortschreitet. Die Wasserleitung, die elektrische Beleuchtung und die Straßenbahnen in Tokio sind im ganzen wiederhergestellt. — Die „Times“ berichten aus Osaka, daß einer offiziellen Meldung zufolge bis letzten Freitag in Tokio 84.114 Leichen gefunden worden

wissen Presse aufklärt, deren Hintermännern am 16. September und in aller Zukunft ihr Mißtrauen aussprechen, umsonst, als dieselbe „Bohemia“, die heute den „von vornherein zum Zusammenbruch verurteilten“ Streik der Bankbeamten begeistert und darin ihr Süppchen zu lochen sucht, während des Streiks aber, am 28. Juni 1921, ganz anders über die Bewegung der Bankbeamten berichtete, die sie heute damit beschimpft, „den Tschechen nachgelaufen“ zu sein. Damals schrieb die „Bohemia“ — das Flugblatt zitiert sie ausführlich — gegen Rasin, der den Konflikt „vom Baune gebrochen“, die tschechischen Bankbeamten „in den Streik getrieben“ hat; damals heuchelte die „Bohemia“ Verständnis dafür, daß „die deutschen Bankbeamten ihren Kollegen nicht in den Rücken fallen“, damals berichtete sie über das „imposante Bild“ der Bankbeamtenversammlung, damals stand in der „Bohemia“ zu lesen:

„Kopf an Kopf drängte sich die durch langjährige, unermüdete Organisationsarbeit zur Solidarität erzogene Beamenschaft und trotz der tropischen Hitze, die im Saale herrschte, harrten alle, Männer und Frauen, aus, bis der Vorliegende schloß. Es war selbstverständlich, daß sich auch sehr zahlreiche tschechische Beamte zur Versammlung einfinden, die mit ihrem Dank für die von den deutschen Kollegen zum Ausdruck gebrachte Solidarität nicht zurückbleiben. Das Charakteristische dieser jüngsten Beamtenbewegung, die sie von früheren Vorgängen unterscheidet, besteht einerseits darin, daß tschechische und deutsche im Sozial. bank (Verband tschechoslowakischer Banken) vereinigte Arbeitgeber, geschlossen vorgehen, andererseits darin, daß die Prokuristen, demnach eine sehr hochbezahlte Beamtenkategorie — wenigstens auf deutscher Seite — den Arbeitnehmerstandpunkt auf das Strengste wahrt und an der Beamtenorganisation festhält. Gerade unter den Führern der Bewegung ist eine Reihe von Prokuristen zu finden, die entschlossen sind, alle Folgen des gewerkschaftlichen Kampfes Schulter an Schulter auf sich zu nehmen.“

Und weiter schrieb dieselbe „Bohemia“ am 25. Juni 1921:

„Für die tschechischen Beamten bedeutet der deutsche Streik insofern eine Stärkung ihrer Position, da das Gerücht verbreitet wurde, der Streik werde von den deutschen Instituten bezahlt, um die tschechischen Banken zu schädigen und so das nationale Moment herangezogen würde, um die Reihen der Streikenden zu schwächen.“

Nun, da „Bohemia“ gegen „Bohemia“ zeugt, kann man ihre moralische Einrichtung wohl als vollendet betrachten. Mit Recht stellt das Flugblatt des Bankbeamtenverbandes fest, daß die in den letzten Tagen tollgewordene „Bohemia“, „den Umstand, daß sie bis heute das soziale Programm der von ihr vertretenen Liste nicht berührt, durch Wiederholung unwahrer Angriffe“ wertzumachen versucht. „Die Antwort unserer Kollegen“ — so schließt das Manifest der Bankbeamten — „wird sie (die „Bohemia“, d. Red.) hoffentlich überzeugen, daß sie nicht berufen ist, sich in Angelegenheiten unseres Verbandes einzumischen.“

Dies hoffen auch wir und das mannhafte Auftreten der Bankbeamten, sowie ihre wahrhaftige, sachliche, hieb- und stichfeste Antwort an die provokative, mit unlauteren Mitteln und gegen die Wahrheit streitende „Bohemia“ und deren landidierende Hintermänner gibt uns die Gewißheit, daß am 16. September alle geistigen Arbeiter des deutschen Prag sowie die manuellen Arbeiter das Mütchen der deutschbürgerlichen Parteien und ihrer würdigen Presse kühlen werden.

— Nach einer Havasmeldung aus Tokio erstreckt sich die vom Erdbeben heimgesuchte Zone in einer Ausdehnung von 160 Kilometer von Norden nach Süden und 100 Kilometer von Osten nach Westen. Sie umfaßt sieben Regierungsbezirke, fünf Großstädte und 33 Kreise mit einer Bevölkerung von sechs Millionen Menschen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf dem Bahnhofe in Chvala, Pöbernitz luden Dienstag nachmittag einige Arbeiter eiserne Träger von einem Wagon ab. Plötzlich stürzte ein zwölf Zentner schwerer Träger herab und fiel auf die Arbeiter. Zwei von ihnen, Wenzel Kubik und Anton Simunek wurden sofort getötet. Ein dritter, Josef Sedlaček, erlitt einen komplizierten Beinbruch. Das Unglück wurde dadurch verschuldet, daß ein Draht, an welchem der Träger befestigt war, vorzeitig gelöst wurde, ohne daß die anderen rechtzeitig gewarnt wurden.

Ein rumänischer Notar als Räuberhauptmann. Aus Bukarest wird gemeldet, daß in mehreren Bezirken und Städten des Königreiches seit Wochen eine Räuberbande die Bevölkerung in Schrecken versetzt. Besonders in den Bezirken Dorohoi und Tulcea haufe die Bande in tollkühner Art. Bisher zogen sie nur mit Revolvern bewaffnet gegen die Reisenden der Landstraßen, aber seit einigen Tagen, da sie die Unfähigkeit der Behörden wahrnahmen, gehen sie auch in die Städte und brechen mit unerhörter Tollkühnheit in die Häuser der belebtesten Straßen. Letztlich hatte die Bande in der Gemarkung von Tulcea die Reisenden beraubt, und sie nach ihrer Plünderung zusammengebunden, dann brachen sie in

zwei Wirtschaften in der Nähe der Stadt Dorohoi ein, wo sie mehrere Hunderttausende Lei wegtrugen. Vor einigen Tagen griff nun die bewaffnete Bande in der Nähe der Stadt Rischene eine aus mehreren Reisenden bestehende Gesellschaft an. Einer der Ueberfallenen, Cristu, stürzte sich in einem geeigneten Moment auf den Anführer der Bande und entwand ihm den Revolver. Die übrigen Mitglieder der Bande flüchteten Schroderfüllt. Der gefangene Bandenführer war, wie sich erwies, der Notar der Gemeinde Belta, der, wenn er bei Tag seine Notarsagenden erledigt hatte, nachs mit seiner Bande auf Raubzüge ausging. Auf Grund der Aussagen des Notars wird jetzt behufs Ausforschung der übrigen Mitglieder der Bande eine energische Nachforschung eingeleitet.

Ein Grubenbrand in Mährisch-Osttau. Auf der Grube „Zofinka“ der Bergbaugesellschaft Orlan-Lazy wurde Dienstag im Hauptstollen ein Brand bemerkt, welcher durch Selbstentzündung der Kohle entstanden ist. Unter Mithilfe der Berggesellschaft und der streikenden Bergarbeiter wurden die zur Löschung des Brandes notwendigen Maßnahmen getroffen.

Der Mord bei der Macocha. Wie gemeldet, wurde bei der Macocha in Mähren an einem Baume hängend die Leiche eines Mannes aufgefunden, der durch Verletzungen am Kopfe ermordet worden war. Die Leiche wurde nach erfolgter Verabnung aufgehängt, um Selbstmord vorzutäuschen. In dem ermordeten und beraubten Manne wurde der 33jährige Hausierer Vircopa Agripina aus Arzano in Italien agnosziert, der zuletzt in Brünn wohnte. Mörder sind vier italienische Hausierer verdächtig, die früher in Prag wohnten und sodann nach Brünn zogen, von wo sie zugleich mit dem Ermordeten verschwanden. Was dem Unglücklichen geraubt wurde, konnte nicht festgestellt werden. Die Verfolgung der Täter wurde ausgenommen.

Verhaftung von Karlsbader Falschspielern in Wien. Die Wiener Polizei verhaftete dieser Tage im Hotel „Oesterreichischer Hof“ den angeblichen Semliner Kaufmann Emil Herzl, der sich seit Juni bis vor etwa 14 Tagen in Karlsbad aufgehalten hatte. In seiner Gesellschaft befanden sich die Filmschauspielerin Elli Bartl, die er in Karlsbad kennen lernte, sowie der 33jährige Milowoi Teodorowicz, angeblich ein ehemaliger serbischer Offizier und Teilhaber einer Tabakfabrik in Serbien. Nachforschungen ergaben, daß Herzl und Teodorowicz ausschließlich vom Kartenspiel gelebt und eine Anzahl von Personen in Karlsbad durch betrügerisches Safardspiel um große Beträge geschädigt haben. Das Karlsbader Geschäft wurde in Wien erfolgreich fortgesetzt. Bei der Verhaftung der beiden Kavaliere wurden mehrere gefälschte Kartenspiele beschlagnahmt.

Familientragödie. In der in der Nähe von Eger gelegenen Ortschaft Nebatitz hat sich eine schreckliche Familientragödie abgespielt. Die Gastwirtin Agnes Meier verlor ihre zwei Kinder — zwei Mädchen im Alter von eineinhalb und sieben Jahren — während des Schlafes zu erschrecken und verlor sie durch Halschüsse schwer. Sodann richtete sie die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Kopfschuß. Familienwüstlichkeiten sollen das Motiv der Tat sein.

Witterungsübersicht am 12. September. Bei vorwiegend heiterem Himmel erreichte die Temperatur auch Dienstag sommerliche Höhe: in den Nörderrungen stieg sie durchwegs über 25 Grad C., in Böhmen erreichte sie 27 Grad C. Am großen Ganzen ist die Wärmeverteilung in der Republik gleichförmig. Die Rinne tieferen Drucks ist in mehrere ganz unbedeutende Störungen zerfallen. Nur in West- und Mittelböhmen äußerte sich eine der ihnen während der Nachmittagsstunden in härterer Bildung von Dunken- und Schauergerüst. Niederschläge (einmal bis ein Millimeter) fielen nur in Eger, Prag und Olomou. Eger und Prag hatten Gewitter. Die übrigen Gebiete blieben trocken. Das schöne Wetter reicht hart bis zu den Küsten der Nord- und Ostsee. Von da aus nach Norden erfolgt ein rascher Uebergang zu Dauertregen, niedriger Bevölkerung und Sturmweiter. Der binnenländische Hochdruck rückt gegen das Schwarze Meer ab; nichtbedeutender vermag der nördliche Tiefdruck mit seinem Südwind Mitteluropa nur wenig zu beeinflussen, ohne einen erheblichen Wetterumsturz herbeizuführen. — Wahrscheinliches Wetter am 13. September: Wechselnd bewölkt, im Norden der Republik vereinzelte Schauer und Windig, sonst günstig.

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Die schwerhörige 70jährige Ludmila Sidlof wurde Dienstag vormittags beim Ueberqueren des Gelsees in der Smichower Bahnhofstraße von einem Motorwagen umgeworfen und erlitt eine Schädelverletzung und ein Knieverwundung am Kopfe. Die Frau hatte das Signal des Wagenführers nicht gehört. — Auf dem Gelsee der Břehmischen Nordbahn in der Nähe des Kilometersteines drei wer... abends die Leiche eines ungefähr 45jährigen Mannes aufgefunden, der vom Zuge überfahren worden war. Der Unbekannte hat rundes Gesicht, liches Haar, englischen Bart, ist bekleidet mit einem schwarzen Anzug, schwarzen Schuhen und trug einen schwarzen Hut. In seinen Taschen wurde ein Taschenmesser und ein grüner Tabaksbeutel vorgefunden. — Die Untersuchung gegen die Einbrecher, die in letzter Zeit in Prag Goldgeschäfte ausraubten, wurde gestern beendet; alle Verhafteten wurden dem Landesgericht überstellt. Sämtliche gesehen die Tat ein. Sie teilten mit, daß die geflohenen Sachen dem Kaufmann Rudolf Pollak, Lützowstraße 2, verkauft wurden. Einige Sachen verkaufte einer der Einbrecher, Romarek, auch auf dem Lande.

An alle Bezirksorganisationen.

Zu den Gemeindevahlen!

Wir richten an alle Bezirksorganisationen das höfliche und dringende Ersuchen, am Sonntag, den 16. September, am Tage der Gemeindevahlen, zwischen vier Uhr nachmittags und elf Uhr abends die Redaktion des „Sozialdemokrat“ unbedingt telephonisch anzurufen und die Ergebnisse der Gemeindevahlen im Bezirke unter Angabe der einzelnen Orte mitzuteilen. Die Redaktion ist an diesem Tage zu erufen unter den Telephonnummern 6795 und 3667 (nicht aber unter der Telephonnummer der Nachredaktion).

Secretariat der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik. Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Gerichtssaal.

Todesurteil wegen Raubmords.

Acht Kronen als Beute.

Prag, 12. September. Vom Prager Schwurgerichte wurde heute der dreißigjährige Fleischhauergehilfe Anton Brachfeld aus Czernochow wegen Raubmords zum Tode verurteilt. Die Geschworenen hatten die an sie gestellte Frage auf Raubmord einstimmig bejaht, worauf das Gericht, dem OGH, Sturm vorfah, das Todesurteil fällte.

Nach der Anklageschrift hat sich die Mordtat, die zu dem heutigen Todesurteil führte, folgendermaßen zugetragen: In der Gemeinde Klobouk hatte die verwitwete Marijka Slapnickel eine Wirtschaft inne. Da sie den Wirtschaftsbetrieb allein nicht durchführen konnte, half ihr während der Erntearbeiten stets ein gewisser Wenzel Jupa mit seiner Mutter aus. Am 23. Juni d. J. war Wenzel Jupa wieder bei der Witwe beschäftigt. Die Frau schickte ihn am Vormittag auf das Feld hinaus, damit er nachsehen sollte, ob die Kartoffeln bereits ausgeerntet sind. Als Jupa vom Felde heimkam, war Frau Slapnickel am Hofe des Wirtschaftsgebäudes mit Wäscheaufhängen beschäftigt. Jupa meldete ihr, daß die Feldarbeit in Ordnung weitergehe und erhielt von ihr noch den Auftrag, er möge am Nachmittag eine Fuhre Gras abholen. Als dann Jupa um halb 4 Uhr nachmittags zum Wirtschaftsgebäude der Slapnickel kam,

fand er das große Tor verschlossen.

Trotzdem er nun auf das Tor klopfte und Einlaß forderte, öffnete ihm niemand. Nach längerem Hören sprang dann Jupa über die Umfriedungsmauer und sah vor der Eingangstür den Hofhund am Boden liegen. Er glaubte nun, daß der Hund schlafend und ging durch die geöffnete Vorraumtür ins Gebäude hinein. Hier sah er durch die geöffnete Kuchentür der Witwe Slapnickel in der Küche am Boden liegen. Unter dem Kopfe hatte sie einen Strohkleider angehängt und ihr Körper war mit einer Decke zugedeckt. Jupa, in dem Glauben, die Witwe habe sich auf dem schlafenden Boden der Küche zum Schlafen niedergelegt, setzte sich neben sie auf die Ofenbank und wollte die Schlafende aufwecken.

Die Witwe rührte sich jedoch nicht.

Voll banger Ahnung zog Jupa der schlafenden die Decke vom Kopfe und — prollte entsetzt zurück. Auf dem Kleiderbündel lag der furchtbar entstellte und mit Blut besudelte Kopf der Frau Slapnickel.

Aus einer klaffenden Wunde am Halse strömte Blut, Furcht und Schrecken packte den auf so gräßliche Weise überfallenen Jupa. Er floh durchs Fenster aus dem Gebäude und lief zur Gendarmeriestation, um über die Mordtat zu berichten.

Die jetzt eingeleiteten Recherchen der Gendarmerie führten zur Verhaftung des Fleischhauergehilfen Anton Brachfeld. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß der Tod durch die gräßliche Wunde am Halse herbeigeführt wurde. Der mit einem großen Küchenmesser ausgeführte Schnitt hatte sämtliche Halsadern durchschitten. Außerdem wies die Leiche zahlreiche Verletzungen am Kopfe, Hals und Schultern auf.

Der verhaftete Anton Brachfeld gestand nach längerem Leugnen die Tat ein. Über die Beweggründe der Tat gab er an, daß er sich auf irgend eine Weise Geld verschaffen möchte. Er hatte sich nämlich von einem gewissen Josef Fiedler 7000 Kronen für den Einkauf von Schlachtwich ausgeborat.

Das Geld hatte er jedoch verpielt

und als er es zurückzahlen sollte, sah er für dessen Beschaffung keine andere Möglichkeit als den Weg einer Gewalttat. Von der Witwe Slapnickel wußte er, daß ihre Wirtschaft ihr jährlich eine große Geldsumme einbrachte. Er nahm nun an, daß die Witwe einen Teil des Geldes während der Erntezeit im Hause aufbewahrt haben werde. Bereits am 22. Juni war er in der Wohnung der Slapnickel erschienen, um sich über die Verhältnisse zu informieren. Bei diesem Besuche sagte er den Plan, die Slapnickel um die Mittagsstunde, wenn alles auf den Feldern beim Mittagsmahl sei, umzubringen und aus der Wohnung dann das Geld zu rauben. Als er am nächsten Tage zur Slapnickel kam, war sie, wie er

vorausgesehen, allein zu Hause. Sie bedeutete ihm zwar, daß er später kommen solle, bis alle Hausbewohner zu Hause sein werden. Er ließ sich jedoch nicht fortweisen. Bei einer günstigen Gelegenheit schlug er die Frau mit einem Stöcke nieder. Mit dem Küchenmesser brachte er ihr hierauf die tödlichen Verletzungen bei. Nach der Mordtat durchsuchte er die Wohnung nach Bargeld.

fand jedoch nur acht Kronen und eilfche Heller.

Beim Verlassen des Hauses schlug er auch den Hund, der während gegen ihn losgesprang, nieder.

Die Anklage gegen Brachfeld, der wegen acht Kronen einen blühenden, schaffenden Menschen schlagblutig gemordet hatte, lautete auf Raubmord. Die Verhandlung dauerte heute sehr kurz. Auch die Beratung der Geschworenen war rasch beendet.

Der Angeklagte nahm das Todesurteil ohne besondere Erregung hin.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Verbandstag der Tabakarbeiter.

Für Samstag den 8. und Sonntag den 9. September war die Hauptversammlung der Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter in der tschechoslowakischen Republik nach Sternberg, dem Sitz des Verbandes einberufen. Neben den Berichten der Zentralleitung und der Neuwahl der Verbandsleitung und der Kontrolle stand auf der Tagesordnung der Punkt: „Wirtschaftliche Fragen der Tabakarbeiterchaft und die gewerkschaftliche Organisation. — Unser Kampf um die Kinderzulage. — Bild in die Zukunft der Industrie.“ Samtliche Ortsgruppen der Gewerkschaft waren vertreten, außerdem nahmen die Mitglieder der Hauptleitung, die Vertretung der Kontrolle und für die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes der Genosse Schäfer aus Reichenberg an den Verhandlungen teil. Mit einem Begrüßungsliede der Sternberger Arbeiterfänger wurden die Verhandlungen eingeleitet. In einem erschöpfenden Berichte schilderte der Obmann des Verbandes, Genosse Schloßner, die umfassende Arbeit der Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und Arbeiter seit ihrem Bestehen. In volstem Einvernehmen mit den tschechischen Berufscollegen und Kolleginnen wurde die Gewerkschaft errichtet und es hat sich seitdem in vielen Fällen gezeigt, wie notwendig und wie unentbehrlich die jetzige Form der gewerkschaftlichen Organisation ist. Zur tschechoslowakischen Bruderorganisation bestehen die freundschaftlichsten Beziehungen. Das findet seinen Ausdruck insbesondere darin, daß beide Verbände in Prag ein gemeinsames Sekretariat errichtet haben, das von dem Sekretär des tschechoslowakischen Verbandes, Genossen Nowak, geleitet wird. Der Berichterstatter führt nun im einzelnen an, was die Gewerkschaft seit ihrem Bestehen für die ihr angehörenden Mitglieder getan hat. In zahlreichen Verhandlungen mit den Zentralstellen der Tabakindustrie wurden Wünsche und Forderungen der Organisation wahrgenommen werden. Nicht immer ist es gelungen, einen vollen Erfolg zu erzielen, doch darf die Gewerkschaft mit Recht behaupten, daß ihre Arbeit keine vergebliche gewesen ist. Die Entwicklung der Gewerkschaft der in der Tabakindustrie beschäftigten Personen hat in den letzten Monaten etwas gelitten. Die trübsastigen Zustände im ganzen Wirtschaftsleben der Tschechoslowakei machen sich auch in der Tabakindustrie fühlbar. Zahlreiche Pensionierungen von Tabakarbeitern stehen übrigens in nächster Zeit bevor, sodas nicht alle Kräfte dagegen aufgeboren werden, ein kleiner Rückgang in der Mitgliederzahl erwartet werden muß. Ferner machen sich die Anstrengungen der Christlichsozialen und Deutschnationalen bemerkbar, die darauf abzielen, ihre bereits einmal vollständig verkrachten Organisationen aufs neue aufzufrischen. Obwohl die christlichsoziale Organisation der Tabakarbeiter für ihre Mitglieder keinerlei Wert hat und nichts leistet, sind hier und da doch Arbeiterinnen und Arbeiter aus unserer Gewerkschaft hinübergelockt worden. Der Tätigkeitsbericht der Verbandsleitung, der Kassenericht und der Bericht der Kontrolle wurden einstimmig zur Kenntnis genommen. In der darauffolgenden Aussprache beschäftigten sich die meisten Redner mit Berufsfragen und mit den Forderungen, die auch fernerhin gegenüber der Tabakrie von der Gewerkschaft der Tabakarbeiter zu vertreten sind. In der Frage der Kinderzulage wurde übereinstimmend hervorgehoben, daß der Verband rechtzeitig am Platze gewesen sei. Die Vertreter der Ortsgruppen und Genosse Schloßnickel traten dafür ein, daß in dieser Sache noch weitere Schritte unternommen werden und insbesondere die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten ersucht werden sollen, sich dieser Angelegenheit anzunehmen. Eine weitere Angelegenheit, die dringend der Erledigung bedarf, ist die zukünftige Stellung jener in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die das tschechische Staatsbürgerrecht nicht besitzen. Auch in dieser Sache sollen die notwendigen Schritte unternommen werden. Bei dem darauffolgenden Verhandlungspunkte betreffend die wirtschaftlichen Fragen der Tabakarbeiterchaft usw., kamen einige Anträge zur Beratung, die sich auf die Familienversicherung, auf die Waisenversorgung, die Kinderzulage, die Pensionsversicherung und die Arbeitsordnung beziehen. Im allgemeinen erklärten sich sämtliche Redner mit der Arbeit einverstanden, die die Hauptleitung der Gewerkschaft in allen diesen Fragen geleistet hat. Es wurde übereinstimmend zugegeben, daß die gewerkschaftliche Organisation sich auch da vollaus bewähren werde, weshalb alles vermieden werden muß, ihre weitere Entwicklung zu erschweren. Von dieser Erkenntnis geleitet, wendeten sich die Vertreter der Ortsgruppen gegen jene Anregungen aus den Kreisen der Mitglieder, die einen Abbau der Mitgliedsbeiträge haben wol-

ten. Einstimmig wurde beschlossen, an den Mitgliedsbeiträgen nichts zu ändern, vielmehr die beiden Ortsgruppen, die noch immer den niedrigsten Wochenbeitrag einheben, aufzufordern, endlich den höheren Beitrag so wie in den übrigen Ortsgruppen allgemein durchzuführen. Bei der Neuwahl der Verbandsleitung wurden einstimmig zumeist die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder gewählt. Unter freien Anträgen wurden noch einige wichtige Berufsfragen besprochen. Sowohl bei diesen, als auch bei den früheren Punkten nahm der Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission das Wort, um den Tabakarbeitern die verlangte Unterstützung in ihren Bestrebungen zuzusichern. Nach zweitägiger Dauer wurde diese prächtig verlaufene Gewerkschaftstagung geschlossen.

Verschiebung des Unionstages der Bergarbeiter. Der engere Vorstand der Union der Bergarbeiter hat in seiner Sitzung vom 9. September 1923 beschlossen, dem erweiterten Unionsvorstand die Verschiebung des Unionstages für einen späteren Zeitpunkt vorzuschlagen. Die Verschiebung geschah mit Rücksicht darauf, daß die termnhmäßigen Vorbereitungsarbeiten, Antragstellung usw., durch den Streik aufgehalten wurden. Die veröffentlichte Ankündigung des Unionstages bleibt mit Ausnahme des Zeitpunktes des Unionstages in Wirksamkeit; es wird daher die Frist zur Einbringung von Anträgen, die mit 22. September 1923 bestimmt war, zunächst hinfällig. Der genaue Zeitpunkt des Unionstages und die Frist für die einzubringenden Anträge sowie die Veröffentlichung der Unionsvorstandsanträge werden nach Zustimmung durch den Gesamtvorstand bekanntgegeben werden.

Ueber 15 Milliarden Einlagen bei den tschechoslowakischen Banken. Die Geldeinlagen bei den tschechoslowakischen Banken umfassen mit Schluß des ersten Halbjahres 1923 rund 6013 Millionen Kronen auf Büchel und 9400 Millionen in laufender Rechnung. Davon entfallen auf die Banken mit tschechischer Verwaltung 3592 Millionen bzw. 6537 Millionen, auf die Banken mit tschechisch-deutscher Verwaltung 1327 Millionen, bzw. 1839 Millionen und auf die Banken mit deutscher Verwaltung 1094 Millionen bzw. 1023 Millionen Kronen.

Oesterreichs Kohlenförderung im Monat Juni. Die österreichische Kohlenförderung betrug im Juni 7753 Tonnen Steinkohle und 220.147 Tonnen Braunkohle. Der Verbrauch Oesterreichs an inländischer Kohle betrug im Juni 222.163 Tonnen, ins Ausland wurden 443 Tonnen inländischer Kohle abgegeben. Die Kohlerzeugung der inländischen Goswerke aus ausländischer Steinkohle belief sich auf 23.739 Tonnen. Aus dem Auslande wurden 257.441 Tonnen Steinkohle sowie 79.471 Tonnen Braunkohle und 36.500 Tonnen Koks eingeführt. An der Steinkohleneinfuhr waren beteiligt: Polnisch-Obereschlesien mit 152.884 Tonnen, die tschechoslowakische Republik mit 56.986 Tonnen, die Reviere Dombrowa und Strakonitz mit 29.692 und andere ausländische Kohlenreviere mit 18.479 Tonnen. An Braunkohlen wurden aus der Tschechoslowakei 72.446 Tonnen und aus dem übrigen Auslande 7025 Tonnen eingeführt. An Koks wurden aus der Tschechoslowakei 30.882, aus Polnisch-Obereschlesien 5119 und aus dem übrigen Auslande insgesamt 499 Tonnen bezogen. Die Gesamtlieferung von Kohle und Koks aus dem Inlande und Auslande betrug im Monate Juni 595.575 Tonnen.

Ein Textilarbeiterstreik in Augsburg. In der Augsburger Textilindustrie ist ein Lohnkonflikt ausgebrochen, der zu einem Streik führte, von dem die größten Betriebe betroffen worden sind. Gestern fanden Einigungsverhandlungen statt, die gescheitert sind.

Englands passive Handelsbilanz. Nach den Ausweisen des Handelsministeriums für den Monat August erreichte die britische Einfuhr im August den Betrag von 88 Millionen Pfund Sterling gegen 82 Millionen im August vorigen Jahres. Der Wert der Ausfuhr im August beträgt 66 Millionen Pfund Sterling, daher um 1.300.000 weniger als im August vorigen Jahres. In den ersten acht Monaten dieses Jahres erreichte die Gesamteinfuhr die Höhe von 704 Millionen Pfund Sterling, erhöhte sich daher gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres um 52 Millionen. Im Vergleich zum Jahre 1921 war die Einfuhr um 36 Millionen geringer. Die Aus-

fuhr in den ersten acht Monaten dieses Jahres erreichte den Wert von 581 Millionen und ist um 37 Millionen größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gegen das Jahr 1921 ist die Ausfuhr in den ersten acht Monaten um 48 Millionen gestiegen.

Rußlands Handelsbilanz. Im Juli wurden aus Rußland Waren im Werte von 17 Millionen Goldrubel exportiert. Die Einfuhr betrug in demselben Monate elf Millionen Goldrubel. — In seiner Rede über die gegenwärtige Lage Rußlands erklärte der Volkskommissar für Außenhandel Krassin, daß in der letzten Zeit die Ausfuhr größer ist als die Einfuhr. Im nächsten Jahre wird der Export den Import um 200 Millionen Goldrubel übersteigen. Schon in diesem Jahre wird die Bilanz aktiv sein. Nach den letzten Angaben ist es möglich, 300 Millionen Rubel Getreide auszuführen. Es werden aber bloß 220 bis 250 Millionen Rubel ausgeführt werden. Die Ausfuhr des Getreideüberschusses ist eine notwendige Waffe gegen den niedrigen Getreidepreis auf dem heimischen Markte. In einigen Orten wird das Rubel Getreide für 20 Goldkopelen verkauft. Am Schlusse seiner Rede erklärte Krassin, daß die Ausfuhr von Getreide und Rohstoffen die Bilanz sichern und eine feste Währung bilden wird.

Das neue Angestelltengesetz. Der Text des Entwurfes des neuen Angestelltengesetzes ist in deutscher Uebersetzung gegen Ersatz der Vorauslagen (5 K) von der Zentralverwaltung der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände Prag II., Jungmannova 29 zu beziehen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Zurich, Berlin, and Wien.

Prager Kurse am 12. September.

Table with gold and silver prices for various currencies.

Züricher Schlupfkurse am 12. September

Table with gold and silver prices for various currencies.

Kunst und Wissen.

Samstagsnachtvorstellung — Gastspiel Paul Morgan. Samstag 10.15 Uhr nachts gelangt „Der Frechdachs“ mit Morgan zur Erstaufführung. Sonntag nachmittags 2.30 Uhr wird „Der Frechdachs“ wiederholt. Montag „Causa Kaiser“. Kartenverkauf täglich.

Reinestudierung „Das Nachtlager von Granada“, „Suzannens Geheimnis“. Samstag 7 Uhr Wolf Ferraris Intermezzo „Suzannens Geheimnis“ und Konradin Kreuzers romantische Oper „Das Nachtlager von Granada“.

Neues Theater. Heute 7 Uhr Richard Wagners große Oper „Tannhäuser“. Morgen Freitag 7.30 Uhr „Blaschmann als Erzähler“. Sonntag abends 7 Uhr Offenbachs Oper „Hoffmanns Erzählungen“.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

1332

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Czernak. Druck: Deutsche Zeitungs-Abtheilungsgesellschaft, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Polka.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien.

Direktion für die tschechoslowakische Republik

empfehl sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Vieh-Versicherungen zu kulanten Preisen.

Volloingezahltes Aktienkapital 8 Millionen. Bargarantiemittel in der Republik 23 Millionen. 1047

Bureau REICHENBERG, Bahnhofstraße Nr. 19.

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Table with weather reports for various locations including Prague, Vienna, and others.